

Jahresbericht 2000

Jahresbericht



Handelskammer Bremen
Industrie- und Handelskammer
Bremerhaven



Impressum

Herausgeber
Handelskammer Bremen
Am Markt 13
28195 Bremen

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven
Friedrich-Ebert-Straße 6
27570 Bremerhaven

Redaktion
Dr. Stefan Offenhäuser

Grafik und Realisation
Dr. Christine Backhaus

Fotos
Atelier Osterholz
Jörg Baufeld
Hero Lang
Frank Pusch
Jörg Sarbach
Wolfhard Scheer
Studio B
Ingo Wagner

Druck
Druckerei Asendorf

Schwerpunkte: Handelskammer Bremen

StandortBremen

- Mittelstandsinitiative 2000: Einsatz für die Leistungsträger 8
- Zukunftsbranche Hafenwirtschaft: Bremens hervorragende Ausgangsposition 10
- Länderfinanzausgleich: Anspruch auf angemessene Finanzausstattung 12
- Das „Sofortprogramm Innenstadt“: Stimulans für private Investitionen 13

NeueChancen

- Innovationen als Schlüssel für die Märkte von morgen: Kammer-Projekte und –Initiativen im Jahr 2000 14
- Kulturpolitik – Plädoyer für einen konstruktiven Dialog 16

ZukunftBildung

- Für ein leistungsfähiges Bildungssystem 17

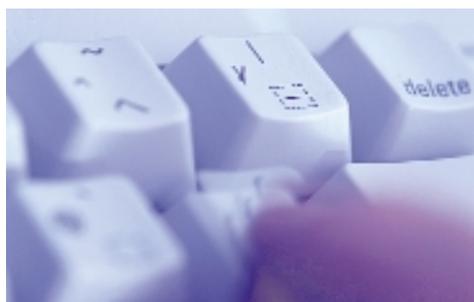
Schwerpunkte: Industrie- und Handelskammer Bremerhaven

StandortBremerhaven

- Sail 2000 – Großereignis für die Wirtschaftsförderung 36
- Kammerjubiläum in Bremerhaven: IHK gründet Stiftung 37

NeueChancen

- Gründungstage in der Hochschule Bremerhaven 38

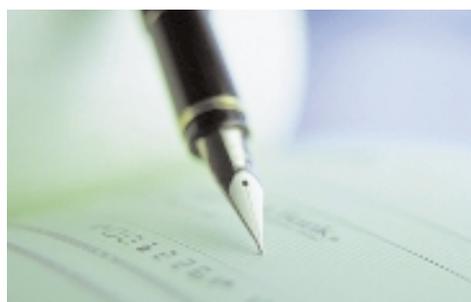


Leistungsbilanzen Bremen18

Mittelstand, Stadtentwicklung
 Industrie, Umwelt, Volkswirtschaft
 Außenwirtschaft, Messen,
 Europa-Angelegenheiten
 Handel, Recht, Dienstleistungen
 Häfen, Regionalplanung, Verkehr
 Aus- und Weiterbildung
 Zentrale Dienste

Leistungsbilanzen Bremerhaven40

Aus- und Weiterbildung, Einzelhandel,
 Großhandel, Recht, Logistik, Verkehr,
 Dienstleistung, Weiterbildung, Umwelt,
 Innenstadt



Vorwort	3
Impressionen 2000	4
Konjunkturbericht	7
Die Wirtschaftsjunioren	34
Das Ehrenamt in Bremen	35
Das Ehrenamt in Bremerhaven	45
Organigramm Bremen	46
Organigramm Bremerhaven	48



Zwei Städte - ein Land



Für die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven ist der vorliegende Jahresbericht 2000 eine Premiere. Erstmals geben beide Kammern diese Publikation gemeinsam heraus und betonen damit den Entschluss, die Zusammenarbeit künftig in vielen Bereichen zu intensivieren – zum Wohle der Wirtschaft im gesamten Land Bremen.

Der Zwei-Städte-Staat erlebte in den zurückliegenden Monaten einen überdurchschnittlichen konjunkturellen Aufschwung, der sich auf einem mittlerweile stabilen Fundament weiterhin fortsetzt. Trotz der weiterhin schwierigen Haushaltssituation besteht Anlass zu Optimismus. Historische Umschlagrekorde der Häfen, ein Umsatzzuwachs von mehr als 20 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe und ein sich überproportional gut entwickelnder Dienstleistungssektor zeigen die positive Wirkung des bremischen Sanierungskurses „Investieren und Sparen“. Dass die Landesregierung erklärt hat, Bremerhaven zu einem Schwerpunkt ihrer wirtschafts- und strukturpolitischen Bemühungen zu machen, gibt Anlass zu der Hoffnung, dass sich der sich abzeichnende Trend zur Konsolidierung auch in Bremerhaven weiter stabilisiert.

Die Unternehmen und ihre Handelskammer Bremen sowie die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven haben den Kurs des Senats konstruktiv begleitet und dabei eingefordert, dass wettbewerbsfähige Standortbedingungen für die Wirtschaft Priorität haben müssen. Dazu gehören insbesondere die Häfen mit ihren außerordentlich guten Wachstumschancen. Die wesentlichen Forderungen für die Bremischen Häfen im 21. Jahrhundert hat die Handelskammer Bremen gemeinsam mit der IHK Bremerhaven in einem Positionspapier zusammengefasst.

Vieles, was in den nächsten Jahren zu einer positiven Entwicklung der Stadt Bremen beitragen kann, wurde von der Handelskammer angeregt. Das wohl umfangreichste und in seiner öffentlichen Wirkung größte Vorhaben stellt das „Sofortprogramm Innenstadt“ dar, mit dem die Attraktivität der Innenstadt bis zum Jahr 2002 weiter gesteigert werden soll. Schon kurze Zeit nach dem Start dieses Programms wurden die sehr positiven Auswirkungen dieses in enger Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsressort, Bauressort und Handelskammer vorangehenden Vorhabens deutlich.

Das ist zugleich eines der markantesten Beispiele dafür, wie sehr sich Bremen im Aufbruch befindet und dass sich dieser Aufbruch auch auf die Stadtteilzentren und das Umland erstrecken wird. Neben der Entwicklung der Kernstadt Bremen begleitet die Handelskammer auch intensiv den Strukturwandel in den Stadtteilzentren. Ziel muss sein, dass Bremen, Bremerhaven und deren niedersächsischen Umlandgemeinden künftig das gemeinsame Interesse eines starken bremischen Wirtschaftsstandortes entschieden voranbringen.

Vergleichbare Initiativen der IHK Bremerhaven haben dazu geführt, dass auch in der Seestadt das politische Augenmerk auf die für die Gesundung der Wirtschaftsstruktur wichtigen Themenbereiche gelenkt werden konnte. Hierzu zählen die Errichtung eines Biotechnologiezentrums in enger Verzahnung mit dem Technologietransferzentrum (TTZ) der Hochschule Bremerhaven, der Bau der Doppelschleuse zur nachhaltigen Entwicklung des Fischereihafens und die Einrichtung eines City-Managements im Vorfeld innenstadtrelevanter Entwicklungen des Planungsgebietes Alter/Neuer Hafen. Der gemeinsamen Position beider Kammern für den zeitnahen Ausbau des Containerterminals (CT IIIa/IV) kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu und wird höchste Priorität eingeräumt. Die IHK versteht sich dabei auch als Moderator zwischen Wirtschaft und Politik sowie als Ratgeber in wesentlichen wirtschaftspolitischen Fragen.

Auch zahlreiche andere Faktoren zeigen die positive Grundstimmung in Bremen. Viele, vor allem mittelständische Unternehmen expandieren. Gezielt vorangetriebene Gewerbegebiete wie beispielsweise die Airport Stadt oder der Technologiepark Universität haben eine Vielzahl weiterer Ansiedlungen junger wie traditionsreicher Unternehmen angestoßen. Durch die Inbetriebnahme der Internationalen Universität Bremen (IUB) im September 2001 besteht die Chance, die bisher in Bremen schon außerordentlich gut funktionierende Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft weiter zu intensivieren. Auch der Ausbildungsmarkt erlebt – nun schon im fünften Jahr hintereinander – einen beachtlichen Aufschwung.

Mehr denn je leben wir heute in einer Welt der großräumigen Zusammenhänge. Um dieser Maßgabe im Sinne der Wirtschaft zu entsprechen, kooperieren die bremischen Kammern verstärkt auch mit den anderen Kammern im nordwestdeutschen Raum. Die auf Initiative der Handelskammer gemeinsam mit der Kammer in Hamburg formulierten Positionspapiere zum Länderfinanzausgleich und zur Hafenvirtschaft waren im Jahr 2000 zwei wichtige Beispiele dafür.

Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven werden die wirtschaftspolitische Entwicklung weiterhin konstruktiv, und wo nötig auch kritisch begleiten. Einen besonderen Akzent wird dabei auch im Jahr 2001 die Fortsetzung der überaus erfolgreich begonnenen Mittelstandsinitiative darstellen.

*Bernd Hockemeyer, Präses
Ingo Kramer, Präsident
Dr. Matthias Fonger, Hauptgeschäftsführer und I. Syndicus
Michael Stark, Hauptgeschäftsführer*



Konstruktiver Dialog mit der Politik: Im Oktober waren Bürgermeister Dr. Henning Scherf und Wirtschaftsminister Josef Hattig Gäste des Plenums der Handelskammer Bremen.



Der Markt von morgen verlangt nach innovativen Dienstleistungen: Im September versammelte die Handelskammer Bremen Experten und Unternehmer aus ganz Deutschland zu dem Kongress „Innovative Dienstleistungen“ im Haus Schütting.



Service für Bremens Unternehmen: Die Handelskammer empfängt ihre neuen Mitglieder zu einer „Begrüßungsveranstaltung“ (hier im Juni), um ihnen einen Einblick in die Arbeit der Handelskammer zu geben.



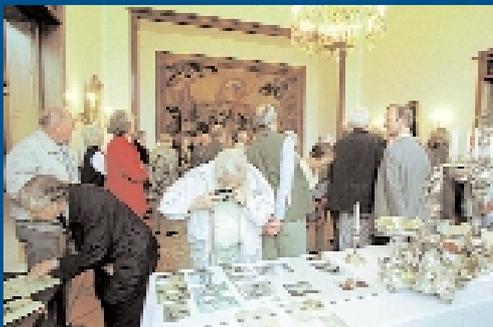
Im globalen Dialog: Im Oktober besuchte eine Delegation indischer Software-Experten die Handelskammer – einer von vielen Besuchen im Rahmen der außenwirtschaftlichen Informationsarbeit der Handelskammer.



2000 – Impre



Technologische Leistungsfähigkeit des Standortes Bremen: Der Wettbewerb um den Schütting-Preis 2000 warf ein Schlaglicht auf den technologischen Pioniergeist in Bremen.



Faszination eines Bremer Gebäudes: Erstmals öffnete die Handelskammer am offiziellen Tag des Denkmals im September die Türen des Schüttings – und rund 1.000 Besucher kamen und bestaunten die Exponate und historischen Räumlichkeiten.



Hilfe für osteuropäische Staaten bei der Rechtsreform: Bremen, die Handelskammer und die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit unterzeichneten im September eine Kooperationsvereinbarung, die die bisherige Zusammenarbeit weiter stärkt.



Besuch der Windjammer-Parade:
Die Handelskammer Bremen hatte zur Sail 2000 auf das Schulschiff Deutschland geladen.

Reform des Finanzausgleichs: Auf einem Symposium haben die Handelskammern Bremen und Hamburg im Juni mit Experten die Zukunft des föderalen Finanzausgleichs skizziert.

Impressionen

2000 – Impressionen



Die IHK Bremerhaven feierte im Jahr 2000 ihr 125-jähriges Jubiläum. Den Festvortrag hielt Dr. Arend Oetker, Präsident des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft und Vizepräsident des BDI (Bildmitte).



Aus Anlass ihres Jubiläums rief die IHK die „Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft“ ins Leben. IHK-Präsident Ingo Kramer (links) freut sich mit den Paten der Stiftung, Dr. Arend Oetker und Bürgermeister Dr. Henning Scherf.



Die Sail 2000 war auch ein Großereignis in Sachen Wirtschaftsförderung. Rund 15.000 Firmen-VIP's besuchten die Events und Veranstaltungen des Windjammer-Treffens.



Wirtschaftssenator Josef Hattig gab das Startsignal für den Umbau des Columbus-Bahnhofs zum Columbus Cruise Center.



Die Gründungstage 2000 in Bremerhaven waren das größte Kontakt- und Informationsforum in der Region zum Thema Existenzgründung und Existenzsicherung.



Die Weltkonjunktur hat sich im Laufe des Jahres 2000 weiter gefestigt. So ist die weltwirtschaftliche Wachstumsrate auf etwa vier Prozent gestiegen – im Vorjahr lag sie noch bei 2,7 Prozent. Allen voran haben die meisten ostasiatischen Schwellenländer ihre Wirtschaftsleistung nach Überwindung der Asienkrise wieder stark ausgedehnt. Auch in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie Lateinamerikas ist eine spürbare Belebung der Konjunktur eingetreten. Die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten zeigt im zehnten Jahr des Aufschwungs keine Ermüdungserscheinungen und die japanische Wirtschaft konnte sich dem guten allgemeinen Trend anschließen. Mit Wachstumsraten zwischen zwei und neun Prozent verzeichnete Westeuropa ein gutes Wirtschaftsjahr, wobei sich die deutsche Produktion und Nachfrage um etwa drei Prozent ausgeweitet hat.

In diesem positiven Umfeld konnte die bremische Wirtschaft ihren Aufschwung fortsetzen. Außergewöhnliche Exportzuwächse und eine zunehmende Investitionsbereitschaft haben der Konjunktur starke Impulse gegeben, wovon auch der Arbeitsmarkt profitieren konnte. So hat sich die Arbeitslosenquote der Stadt Bremen deutlich auf zuletzt 12,5 Prozent (Stand November 2000) reduziert. Insbesondere die Industrie – hier vor allem die Investitionsgüterhersteller – konnten zulegen. Wie alle anderen außenhandelsorientierten Bereiche profitierten die Industrieunternehmen außer von der allgemeinen Belebung des Welthandels auch von der im Zuge der Euro-Abwertung verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Produkte.

Zufrieden zeigte sich auch der Dienstleistungssektor – mittlerweile der Job-Motor Nummer eins. So profitierte etwa die Verkehrswirtschaft – trotz der extrem schwierigen

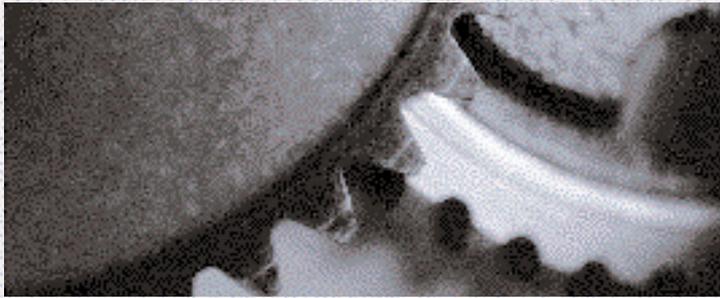
Situation bei den Energiekosten – von der guten Konjunktur in den transportrelevanten Branchen und der Bankensektor von der Ausweitung der Kreditnachfrage, die durch das attraktive Zinsniveau begünstigt wurde. Unbefriedigend blieb die Situation für den Einzelhandel, dem es noch an einem durchgreifenden Stimmungswandel der Kunden mangelt. Der Bausektor hat sich vollends von der Konjunktur in den anderen Wirtschaftsbereichen abgekoppelt.

Wenn die in der zweiten Jahreshälfte hervorgetretenen Inflations- und Zinsrisiken auf Grund der Euro-Schwäche und der Energiepreisentwicklung nicht nachhaltig durchschlagen, ist auch 2001 mit einer Fortsetzung des positiven Trends zu rechnen, wobei sich die Dynamik allerdings leicht abschwächen dürfte. Nach Einschätzung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) kann aber ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent erreicht werden.

Die Investitionsbereitschaft der bremischen Unternehmen ist hoch, das Vertrauen der Verbraucher festigt sich wieder. Damit sind die Aussichten für eine Fortsetzung des Aufschwungs in Bremen gut. Voraussetzung für die weitere positive Entwicklung in Bremen ist, dass die wirtschaftsfreundliche Politik der vergangenen Jahre auch weiterhin konsequent fortgesetzt wird.

Aller Voraussicht nach wird der Dienstleistungssektor in Bremen weiter an Boden gutmachen. Daneben könnte ein anhaltend gutes Auslandsgeschäft die Umsatz- und Ertragslage der bremischen Industrie weiter festigen. Auch im Bereich des Handels zeigt der Konjunkturtrend insgesamt weiter nach oben. Nutznießer werden vor allem der Exporthandel und der Warenhausbereich sein.

Schwerpunkte Bremen



Mittelstandsinitiative
2000
Handelskammer Bremen

Mittelstandsinitiative

In Deutschland gibt es mehr als drei Millionen mittelständische Unternehmen, die mehr als die Hälfte der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen leisten. Rund 70 Prozent aller Arbeitnehmer sind bei mittelständischen Unternehmen beschäftigt und rund 80 Prozent aller Lehrlinge werden dort ausgebildet. Der Mittelstand verkörpert die Kultur der Selbstständigkeit und die marktwirtschaftliche Leitidee von einer Ordnung, die auf Wettbewerb, auf Privateigentum und vor allem auf der Bereitschaft fußt, persönliches unternehmerisches Risiko zu tragen. Mittelständische Unternehmen sind ein starker Motor für Innovation, Wachstum und Beschäftigung.

Offensive Mittelstandspolitik und die Förderung von Existenzgründungen haben für die Handelskammer Bremen daher hohe Priorität. Darum hat die Kammer die Mittelstandskampagne 2000 des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) mit einer eigenen Mittelstandsinitiative begleitet. Diese speziell auf die Bedürfnisse der mittelständischen Wirtschaft zugeschnittene Veranstaltungsreihe wird sie auch in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen. In einer Vielzahl von Veranstaltungen und Dialogforen, Seminaren und Workshops bezog die Handelskammer – zum Teil in Zusammenarbeit mit Verbänden und anderen Institutionen – Stellung zu Fragen und Problemen kleiner und mittlerer Unternehmen.

Einen Höhepunkt dieser umfassenden Initiative bildete der Kongress „Innovative Dienstleistungen im Mittelstand – Entwicklung, Qualität und Erfolgsbeispiele“ – gemeinsam veranstaltet mit dem DIHT und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Mit der Betonung der innovativen Möglichkeiten greift die Handelskammer den Trend zu Dienstleistungen auf, die sich auch in Bremen zu einem wichtigen Job-Motor entwickelt haben. Hier ist in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Sektor um mehr als 10.000 gestiegen.

Die Handelskammer geht davon aus, dass durch einen Innovationsschub im Bereich qualifizierter Dienstleistungen vor allem die mittelständischen Unternehmen profitieren. Sie machen mehr als 90 Prozent der Betriebe in Deutschland aus und tragen in starkem Maße den konjunkturellen Aufschwung.



„Ohne passende Rahmenbedingungen wird uns die Weiterentwicklung zu einer erfolgreichen Dienstleistungswirtschaft kaum gelingen. Das große Interesse am Dienstleistungskongress der Handelskammer zeigt, dass hier etwas in Bewegung geraten ist.“

*Wolf-Michael Catenhusen
(Staatssekretär, Bundesministerium für Bildung und Forschung)*

2000 – Einsatz für die Leistungsträger

Bremen hat in den vergangenen fünf Jahren auf dem Weg zu einem modernen, dienstleistungsorientierten Wirtschaftsstandort große Schritte voran getan. Sehr positiv ist aus Sicht der Handelskammer, dass bei aller Betonung der Wandlungsfähigkeit auch die Stärkung der industriellen Basis nie aus den Augen verloren wurde. Denn gerade die industrienahen Dienstleistungen haben sich als besonders innovativ und stark wachsend erwiesen. In Bremen gibt es in den Bereichen Logistik, Distribution, Hafenwirtschaft, Raumfahrtsservice, Software und Multimedia hervorragende Dienstleistungskompetenz, die auf vielfältige Weise mit der Industrie vernetzt ist.



Auf einer Pressekonferenz stellten Präses Hockemeyer und Wirtschaftssenator Hattig die gemeinsam formulierten Leitsätze zur bremischen Mittelstandspolitik vor.

Leitlinien für die Mittelstandspolitik

Auf einer Pressekonferenz im Mai 2000 hat die Handelskammer „Leitlinien zur bremischen Mittelstandspolitik“ vorgestellt, die in Zusammenarbeit mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen entstanden sind. Darin sind sechs Ziele und entsprechende Möglichkeiten für deren Umsetzung formuliert:

- Ein ausreichendes Angebot an Gewerbe- und Wohnbauflächen sowie eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sind entscheidende Standortfaktoren.
- Die öffentliche Mittelstandsförderung muss permanent den neuen Anforderungen angepasst und kundenorientiert weiterentwickelt werden.
- Die Entwicklung des Dienstleistungsstandortes muss auf allen Ebenen unterstützt werden. Dazu gehört, wissenschaftliche Ergebnisse systematisch zu verwerten sowie Netzwerke und Kompetenzcluster für zukunfts-trächtige Dienstleistungssegmente zu schaffen.
- Die Erhöhung der Zahl von Existenzgründungen und die Erleichterung der Nachfolgeregelungen bei Betriebsübernahmen müssen dazu führen, das unternehmerische Potenzial gezielter auszuschöpfen.
- In Schulen und Hochschulen muss das Verständnis für ökonomische Zusammenhänge gefördert werden, um damit die Basis für eine neue Gründerkultur zu schaffen.
- Durch verbessertes Marketing, mehr Information und Beratung soll der Zugang zu Wagniskapital als neuem Finanzierungsinstrument erleichtert werden.

Workshops und Treffs für den Mittelstand

Weitere herausragende Veranstaltungen im Rahmen der Mittelstandsinitiative waren die monatlichen Mittelstandstreffs, die beiden Mittelstandstage mit je fünf Workshops zu Themen der Existenzsicherung und -erweiterung sowie die Verleihung des Schütting-Preises 2000 für Innovation im Mittelstand. Insgesamt wurden 35 Veranstaltungen angeboten. Auch in den kommenden Jahren wird die Kammer – wie schon in der Vergangenheit – Existenzgründer und mittelständische Wirtschaft tatkräftig begleiten.



„Wir haben in Bremen weder zu wenig Geld noch Programme, aber wir müssen sie noch gezielter adressieren.“

Josef Hattig (Senator für Wirtschaft und Häfen, Bremen)

Zukunftsbranche Hafenwirtschaft – Bremen

Im Zuge der zunehmenden Vernetzung der Weltwirtschaft steigt das internationale Transportvolumen weiter stark an. Mehr als 95 Prozent des interkontinentalen Warenhandels laufen dabei über den Seeweg. Daher kommt den Seehäfen als Schnittstelle zum Seeverkehr und Bündelungszentrum für Außenhandelsgüter eine wachsende Bedeutung zu. Die Hafenwirtschaft wird damit eindeutig zur Zukunftsbranche. Zudem erfüllt ein Hafenstandort wie Bremen mehr als nur eine reine Umschlagsfunktion: Er ist vielmehr ein Produktions-, Handels- und Logistikstandort am seeschifftiefen Wasser. Die Bremischen Häfen – jeder vierte Arbeitsplatz im Land Bremen hängt direkt oder indirekt von ihnen ab – sind nicht nur ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor und wesentliche Grundlage der Selbstständigkeit, sie haben auch außerordentlich gute Wachstumschancen in einem von großer Dynamik geprägten Umfeld.

Mit der Hafengruppe Bremerhaven – direkt am offenen Meer gelegen – und der Hafengruppe Bremen – südlichster Seehafen Deutschlands –, mit einer leistungsfähigen Hafenwirtschaft, einem breiten Angebot an Gewerbeflächen, einer guten Infrastruktur und der Ausrichtung auf zukunftssträchtige Märkte bringen die Bremischen Häfen gute Voraussetzungen für eine positive Entwicklung mit. Die Wirtschaft hat die Potenziale des Marktes bereits erkannt und investiert in erheblichem Umfang in den Standort. Um die Chancen zu nutzen, sind aber auch ein schneller und entschlossener Ausbau der Containerumschlagskapazitäten sowie eine weitere Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur erforderlich.

Um in dieser Situation die Position der Handelskammer zu den verschiedenen Aspekten zusammenfassend darzustellen und offensiv in die Diskussion einzubringen, hat die Handelskammer das Positionspapier „Die Bremischen Häfen im 21. Jahrhundert“ verabschiedet, das im Ausschuss für Hafenangelegenheiten zuvor ausführlich beraten und in Zusammenarbeit mit der IHK Bremerhaven erstellt wurde. Hierin spricht sich die Handelskammer unter anderem dafür aus, die Containerumschlagskapazitäten und die Hinterlandanbindung auszubauen, die Entwicklung der alten Hafenreviere als Gewerbe- und Dienstleistungsstandort voranzutreiben und die Wettbewerbsverzerrungen zu Ungunsten der Seehafenverkehrswirtschaft zu beseitigen.

Die Bremischen Häfen haben außerordentlich gute Wachstumschancen in einem von großer Dynamik geprägten Umfeld.

Erfolgreiche Umstrukturierung der BLG

Die erfolgreiche Neustrukturierung der BLG markiert eine wichtige Etappe in der Hafenentwicklung. Unter dem Dach einer Holding arbeiten heute sechs spezialisierte und kooperationsfähige Produkt-Gesellschaften näher am Markt und bieten komplexe logistische Dienstleistungen an. Ein strategischer Meilenstein für das Unternehmen war die Verschmelzung der BLG Container GmbH & Co. mit der Hamburger Eurokai KGaA zu gleichen Teilen zur EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG. EUROGATE ist als erster Anbieter eines komplexen Terminalnetzwerkes das führende Containerumschlagsunternehmen in Europa und weltweit die Nummer drei. Die außerordentlich positive Entwicklung des Containerumschlags in Bremerhaven mit Steigerungsraten von rund 25 Prozent zeigt die Erfolge dieser Strategie für die Bremischen Häfen. Erheblichen Anteil an dieser Entwicklung hatte auch die North Sea Terminal Bremerhaven GmbH & Co. (NTB), das Gemeinschaftsunternehmen von EUROGATE und der Reederei Maersk-Sealand.

Hafenkooperation

Eine wichtige Möglichkeit, die Position der Häfen zu stärken, bietet sich mit der Bildung von Kooperationen zwischen einzelnen Hafenstandorten. Die Handelskammer unterstützt grundsätzlich den am 2. November 2000 bekundeten Willen des Bremer und des Hamburger Senats, die Position ihrer Häfen im internationalen Wettbewerb künftig durch eine enge Zusammenarbeit in Hafenfragen zu stärken. Angesichts der Markterfolge der Bremischen Häfen fordert die Handelskammer, dass durch eine Kooperation diese positive Entwicklung weiter unterstützt und dabei die bremischen Interessen auch langfristig gewahrt bleiben. Das gilt insbesondere für den Erhalt der politischen und unternehmerischen Entscheidungskompetenzen in Bremen.





„Wir sind kein Hafenumschlagsunternehmen, das auch Logistik bietet.
Wir sind ein Logistik-Provider, der auch Hafenumschlag bietet.“
Detthold Aden (Vorstandsvorsitzender, BLG-Logistikgruppe)

s hervorragende Ausgangsposition

Tiefwasserhafen

Der zügige Ausbau der Containerkapazitäten in den Bremischen Häfen hat für die Handelskammer absoluten Vorrang. Sie begrüßt aber auch, dass sich der Senat und Unternehmen der bremischen Seehafenwirtschaft für den Bau eines zusätzlichen Tiefwasserhafens für den Containerumschlag einsetzen. Ein solcher Standort stellt auf längere Sicht weitere, nahegelegene Kapazitätsreserven zur Verfügung, wenn Bremerhaven selbst an seine Grenzen gestoßen ist. Außerdem könnten dort auch Containerschiffe der zukünftigen Generationen, die auf Grund ihrer Tiefgänge die Außenweser nur noch eingeschränkt befahren können, abgefertigt werden. Ziel muss es sein, in Ergänzung der vorhandenen und geplanten Containerumschlagskapazitäten in den deutschen Seehäfen ein Gegengewicht zu den Westhäfen zu schaffen.

Die Revitalisierung der alten Hafenreviere

Die Umstrukturierung der alten Handelshäfen rechts der Weser ist von grundlegender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Bremen. Mit der Verfüllung des Überseehafens und anderer brachliegender Flächen steht insgesamt ein für Bremen einzigartiges Areal von rund 100 Hektar – mehr als die gesamte Innenstadt – für eine neue Nutzung zur Verfügung.

Die Revitalisierung dieses Gebietes bietet große Möglichkeiten. Dort können auf einer großen zusammenhängenden gewerblichen Fläche und in direkter Nähe zum seeschifftiefen Wasser wertschöpfungsintensive Produktions- und Veredelungsaktivitäten angesiedelt und auf Dauer an den Standort gebunden werden. Zur Zukunftssicherung der stadtbremischen Hafenreviere gehört es, dass die hafennahen Flächen nach Möglichkeit für umschlagsbezogene sowie hafensorientierte Unternehmen vorgesehen werden, die zur Steigerung der Loco-Quote beitragen. Zudem können die weiter landeinwärts gelegenen Flächen durch passende Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen genutzt werden. Insgesamt lässt sich damit auch die Hafenfunktion Bremens stabilisieren.

Im Juni 2000 hat der Senat eine Entwicklungskonzeption verabschiedet, wonach neben der Sicherung und Förderung des Unternehmensbestandes das Gebiet in einem

Zeitraum von 20 Jahren mit neuen Nutzungen aufgewertet werden soll. In einem ersten Schritt wird der Großmarkt in den Bereich des verfüllten Überseehafens verlagert.

Die Handelskammer hat erstmals in einem Thesenpapier Anfang 1999 ihre Position deutlich gemacht und in den nachfolgenden Debatten bekräftigt: Bestandsschutz und Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen haben oberste Priorität; die alten Hafenreviere brauchen eine gewerbliche und dienstleistungsorientierte Nutzung. Einem Gutachten zufolge lassen sich die heute 6.300 Arbeitsplätze in den dort ansässigen 300 Unternehmen in den nächsten 20 Jahren auf bis zu 16.000 steigern. Dagegen schließen die Immissionsbelastung des Gebietes und die nur geringen Vermarktungschancen eine Wohnnutzung faktisch aus. Allenfalls in der sogenannten Hafenvorstadt ist im Randbereich zur Innenstadt eine Wohnbebauung vorstellbar.



Die alten Hafenreviere – hier der Speicher XI – umfassen ein Areal größer als die gesamte Innenstadt. In ihrer Umstrukturierung stecken herausragende Chancen für Bremens Entwicklung.



„Bremen hat in den letzten fünf Jahren viel getan, um als Wirtschaftsstandort auf die Überholspur zu kommen. Auch künftig kann nur mit einer kräftig wachsenden Wirtschaft die Sanierung des Landes gelingen.“
Dr. Dirk Plump (Vizepräsident, Handelskammer Bremen)

Länderfinanzausgleich – Anspruch auf angemessene Finanzausstattung

Die bremische Wirtschaft ist auf eine leistungsfähige und wirtschaftsnahe öffentliche Infrastruktur angewiesen. Sie hat deshalb ein großes Interesse an einer angemessenen Finanzausstattung des Landes Bremen, die in erheblichem Umfang durch den vertikalen und horizontalen Finanzausgleich beeinflusst wird. Nachdem das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 11. November 1999 den Gesetzgeber verpflichtet hat, das bundesstaatliche Steuerverteilungs- und Ausgleichssystem zu novellieren, ist eine umfangreiche Reformdiskussion entbrannt. Die Handelskammer hat sich darin aktiv und mit Nachdruck eingebracht.

Im April 2000 haben auf Initiative der Handelskammer Bremen die Präsidien der Kammern Bremen und Hamburg ein Positionspapier zum Länderfinanzausgleich vorgelegt, in dem sie eine umfassende Reform der gesamten deutschen Finanzverfassung forderten, mit dem Ziel, die Autonomie der Länder bei der Steuer- und Aufgabenzuordnung zu stärken.

Ein weiterer wichtiger Eckpunkt in der Diskussion um den Länderfinanzausgleich war das Symposium zum Thema „Zukunft des föderalen Finanzausgleichs“, das die Handelskammern Hamburg und Bremen mit 20 renommierten Wissenschaftlern am 9. Juni 2000 in Hamburg ausgerichtet haben. Die Beiträge und Ergebnisse dieses Symposiums wurden in einem anerkannten wissenschaftlichen Fachverlag veröffentlicht. Ferner sind sie in den „Hamburg-Bremer-Appell für einen Bürgerföderalismus“ eingeflossen, den die Handelskammern Bremen und Hamburg im Nachgang zu dem Symposium formuliert haben.

Der Appell bringt im Einklang mit der Wissenschaft die wesentlichen Positionen der Handelskammer Bremen zum Ausdruck, die sich folgendermaßen umreißen lassen:

- Der vertikale und horizontale Finanzausgleich stellt ein kaum überschaubares, viel zu komplexes Geflecht von Einzelregelungen dar, dessen Vereinfachung dringend angeraten ist.
- Das deutsche Steuersystem sollte stärker entflochten werden. Jene Gebietskörperschaften, in denen die Steuern erwirtschaftet werden, müssen davon weit mehr profitieren als bisher.

- Die wirtschaftliche Leistungsstärke und damit die originäre Steuerkraft der Länder muss bei der Lohnsteuerzerlegung und Umsatzsteuerverteilung berücksichtigt werden. Im gegenwärtigen System erfolgt die Zerlegung allein nach dem Wohnsitz- und nicht nach dem Arbeitsstättenprinzip. Bremen stellt also die Arbeitsplätze zur Verfügung, aber ein Großteil der daraus fließenden Steuereinnahmen wird umverteilt. Die hohe Wirtschaftskraft eines Bundeslandes spiegelt sich nicht in entsprechenden Einnahmen wider. Bei der Zerlegung der Lohnsteuer ist daher zumindest anteilig wieder eine Verteilung nach dem Arbeitsstättenprinzip vorzunehmen. Auch bei der Umsatzsteuerverteilung ist darüber hinaus eine Berücksichtigung der Wirtschaftskraft erforderlich.

- Dringend erforderlich ist weiterhin die Beibehaltung einer Einwohnerveredelung der Stadtstaaten. Die Stadtstaaten weisen gegenüber Flächenländern strukturelle Unterschiede auf, die zu einem erhöhten Finanzbedarf führen. So macht die Metropolfunktion hochwertige Infrastruktureinrichtungen erforderlich, die über den jeweiligen Stadtstaat hinaus vorgehalten werden müssen.
- Die Handelskammer Bremen respektiert, dass die Berücksichtigung von Sonderlasten in künftigen Systemen des föderalen Finanzausgleichs diskussionswürdig ist. Sollten die Hafenlasten im neuen Finanzausgleich keine Berücksichtigung mehr finden, muss jedoch unbedingt der internationalen wettbewerbspolitischen Dimension gegenüber den hochsubventionierten Häfen der Amsterdam-Rotterdam-Antwerpen-Range Rechnung getragen werden.

Die bremischen Interessen bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs bringt die Handelskammer nicht nur gegenüber den politischen Gremien ein, sondern vertritt sie insbesondere auch im Deutschen Industrie- und Handelsstag (DIHT). Der DIHT wird Anfang des Jahres 2001 ein ausführliches Konzept der deutschen Kammerorganisation zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs vorlegen, das den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts voll Rechnung trägt und zugleich zahlreiche innovative Lösungselemente enthält.



Die Handelskammern Bremen und Hamburg fordern eine umfassende Reform der gesamten deutschen Finanzverfassung mit dem Ziel, die Autonomie der Länder bei der Steuer- und Aufgabenzuordnung zu stärken.

Das „Sofortprogramm Innenstadt“ – Stimulans für private Investitionen

Ende 1998 wurde auf Initiative der Handelskammer Bremen das „Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren“ gestartet, um die Chancen und Risiken aus der Space-Park-Ansiedlung zu nutzen bzw. zu bewältigen. Es hat ein Volumen von insgesamt 100 Millionen Mark, 75 Millionen Mark für die Innenstadt und 25 Millionen Mark für die Stadtteilzentren (Gröpelingen), und wird aus Mitteln des Investitions-Sonderprogrammes (ISP) finanziert. Im Einzelnen umfasst das Programm 76 Einzelprojekte in vier Bereichen (Erreichbarkeit der Innenstadt, Attraktivitätssteigerung der Innenstadt, Verbindung Space Park mit der Innenstadt, Stadtmanagement). Ende 2000 waren davon bereits 26 Projekte abgeschlossen, weitere 40 Prozent befanden sich in der Umsetzung.

Ein Novum, nämlich das Controlling der Maßnahmen, verdient besondere Beachtung: Das Programm wurde mit der Wirtschaft nicht nur initiiert und ausgearbeitet, sondern wird auch mit ihr umgesetzt. Während es sonst üblicherweise nur eine projektbezogene Beteiligung gab, wachen jetzt Verwaltung und Wirtschaft gemeinsam in einem Arbeitskreis über den Programmfortschritt. Das Kontrollinstrument hat sich bewährt. Dort werden keine ideologischen Grabenkämpfe ausgefochten, sondern in intensiven Diskussionen und nach solider Prüfung gemeinsam die besten Lösungen gesucht. Im Zusammenwirken aller Beteiligten zeigt sich, dass die Entwicklung von Stadt und Handel eine Gemeinschaftsaufgabe sein muss und nur gelingen kann, wenn Motivation und Einsatz aller maßgeblichen Akteure in Wirtschaft und Politik ein stabiles Fundament bilden.

Das „Sofortprogramm Innenstadt“ macht Ernst mit der Zukunft Bremens, dessen Selbstverständnis sich aus einer 1000-jährigen Handelstradition definiert. Es schafft vor allem die notwendigen Anreize für private Investitionen. Die Dynamik und Breitenwirkung des Programms ist unverkennbar: Es lohnt sich, in der Innenstadt zu investieren und dabei spielen die privaten Investoren eine

herausragende Rolle. Lag die Relation öffentlicher und privater Mittel im Zeitraum 1994 bis 1998 noch bei 1 zu 4, so fließen jetzt bei jeder öffentlich finanzierten Mark statistisch gesehen sieben private Mark in Investitionen. Allein die Schlüsselprojekte privater Investoren für den Bereich des Sofortprogrammes zwischen 1999 und 2004 lassen sich – nach gegenwärtigem Stand – auf eine Summe zwischen 1,2 und 1,32 Milliarden Mark beziffern. Davon werden Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 620 Millionen Mark bereits realisiert.

Drei Schlüsselprojekte stehen im Zentrum der Maßnahmen: die Sögestraße, die Obernstraße und das Faulenquartier. Die Sögestraße wird sich in den nächsten Jahren noch deutlicher als bisher zu einer hochattraktiven Geschäftsachse zwischen Hauptbahnhof und Innenstadt entwickeln.

Die Obernstraße wird zu einem der Flanier-Schwerpunkte im Stadtkern. Dort wird von vielen Seiten an einer Verbesserung gearbeitet; allein das Karstadt-Haus wird rund 2,2 Millionen Mark in die Verschönerung seiner Fassade investieren.

Die Aufwertung des Faulenquartiers zu einem Medien- bzw. Multimediastandort und vor allem seine Wiederbelebung als attraktives Bindeglied zwischen Innenstadt und Hafenvorstadt bzw. Space Park wird vorangetrieben. Es wird entscheidend darauf ankommen, möglichst bald einen Durchbruch unterhalb der B 75 für Autos und Straßenbahn zu schaffen, um einen direkten Zugang in Richtung Space Park zu haben.

Ein Novum für Bremen: Das Sofortprogramm wurde nicht nur mit der Wirtschaft ausgearbeitet. Es wird auch gemeinsam mit ihr umgesetzt.



„Der Gedanke unseres Sofortprogramms hat Signalwirkung. Die Kammern in den fünf größten Städten Europas haben sich das Profil unseres Programms in einer Deklaration zu Eigen gemacht und plädieren für eine konzentrierte Aktion zur Revitalisierung von Innenstadtlagen.“
Walter Messerknecht (Vizepräsident, Handelskammer Bremen)

Innovationen als Schlüssel für die Märkte von morgen und –Initiativen im Jahr 2000



Deutschland-Premiere: Auf dem Dienstleistungskongress der Handelskammer wurde erstmals eine von der Fachhochschule Köln entwickelte Multimedia-Ausstellung gezeigt.

In einer Wirtschaft, die im Zuge der Globalisierung und der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien einen rasanten Strukturwandel erfährt, ist die Fähigkeit zur Innovation ein entscheidendes unternehmerisches Erfolgskriterium. Ökonomische und ökologische Innovationen, sei es als Produkt oder Dienstleistung, sind die Schlüssel zu den Märkten von morgen. Unternehmen werden sich besser im Markt behaupten können, wenn sie flexibel, reaktionsschnell und mit Risikobereitschaft auf den Wandel reagieren.

Dabei zeigt sich gerade auch der Mittelstand als Motor für Innovationen. Jüngste Studien belegen, dass in kleinen und mittleren Unternehmen proportional genauso viele Innovationen hervorgebracht werden wie in großen. Die flexiblen Organisationsstrukturen und die flachen Hierarchien mittelständischer Unternehmen bilden eine gesunde Basis, auf neue Herausforderungen effektiv zu reagieren. In Zukunft wird in gleichem Maße, wie sich Wettbewerbsdruck und Veränderungstempo erhöhen, auch vermehrt unternehmerische Kreativität gefragt sein.

Deshalb widmet die Handelskammer Bremen dem Bereich Forschung und Entwicklung und seiner Schnittstelle zur Wirtschaft hohe Aufmerksamkeit. Sie ist Katalysator und Informationsdrehscheibe zugleich, sie unterstützt den Transfer von neuen Ideen in marktreife Produkte und vertritt die Interessen der Bremer Unternehmen in forschungsrelevanten politischen Fragen. Neben ihrem alltäglichen Beratungsgeschäft hat sie im Jahr 2000 mit einer Reihe von Projekten ihren Beitrag zur Innovationsförderung und zur Stärkung des bremischen Innovationspotenzials geleistet.



35 Unternehmen haben am Schütting-Preis 2000 teilgenommen: Sie werfen ein Schlaglicht auf das innovative Potenzial Bremens, das z. B. die Entwicklung der preisgekrönten digitalen Litfaßsäule illustriert.

Schütting-Preis 2000 für Innovation im Mittelstand

Der Schütting-Preis für Innovation im Mittelstand und der Sonderpreis „Innovation und Ökologie“ werfen ein Schlaglicht auf das innovative Potenzial im bremischen Mittelstand und illustrieren das neue Selbstverständnis Bremens als mittelstands- und zugleich innovationsorientierter Standort im Verein mit einem hohen ökologischen Verantwortungsbewusstsein. 35 Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen haben an dem Wettbewerb teilgenommen; ihre innovatorischen Leistungen sind ein Spiegelbild der technologischen Stärke Bremens. Sie öffentlich zu machen und damit zugleich Ansporn zu sein und Ermutigung für andere Unternehmen zu geben, war ein wesentliches Anliegen des Wettbewerbs.

Den ersten Platz beim Schütting-Preis 2000 errang die Kohne Ingenieurbüro GmbH, auf die Plätze zwei und drei kamen die Wolfgang Bock Pflanzenexport KG und die Geo. Gleistein & Sohn GmbH. Den von der Bremer Naturschutz-Stiftung gestifteten Sonderpreis „Innovation und Ökologie“ erhielt die Reinluft Relox GmbH. Auch drei Anerkennungen sprach die Jury aus: der Bruker-Daltonik GmbH, der Evygo GmbH und der Finnigan MAT GmbH.



„Die neue Ökonomie ist charakterisiert durch den Traum vom unbegrenzten Wachstum. Auf Dauer wird sich diese Hoffnung aber nicht erfüllen. Trotzdem wird es so etwas wie eine neue Ökonomie geben, die sich jetzt in den ersten Schritten zu etablieren beginnt.“

Prof. Heinz-Otto Peitgen (Universität Bremen)

on morgen – Kammer-Projekte

Kongress „Innovative Dienstleistungen im Mittelstand“

Bundesweit beachtet wurde der Kongress „Innovative Dienstleistungen im Mittelstand“, den die Handelskammer im Rahmen ihrer Mittelstandsinitiative 2000 gemeinsam mit dem DIHT und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) veranstaltete. Hauptreferent des Kongresses, an dem auch DIHT-Hauptgeschäftsführer Dr. Franz Schoser und Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen (BMBF) teilnahmen, war Professor Hans-Jörg Bullinger, Leiter des Fraunhofer Instituts für Arbeitswissenschaft und Organisation (IAO).

Innovationen, so lautete eine Grundaussage des Kongresses, beziehen sich heute längst nicht mehr allein auf Produkte. Die Nachfrage nach neuen Dienstleistungen und die Bedeutung von Service steigen. Hier bietet sich eine Chance, sich von der Konkurrenz zu differenzieren.

Im Zentrum der Vorträge, Diskussionen und Workshops standen Mittel und Wege, Dienstleistungen systematisch zu entwickeln, statt sie „ad hoc“ nur geschehen zu lassen. Eine wichtige Erkenntnis dabei war, dass Dienstleistungen ebenso entwickelbar, reproduzierbar und vermarktfähig sind wie andere Produkte auch. Mit der neuen, dem klassischen Ingenieurwesen entlehnten Methode des "Service Engineering" bieten sich hervorragende Möglichkeiten, das eigene Servicespektrum kundenorientiert weiter zu entwickeln.

Deutschland-Premiere hatte beim Dienstleistungskongress eine von der Fachhochschule Köln entwickelte Multimedia-Ausstellung, die zum ersten Mal das eher flüchtige Thema „Dienstleistung“ unter dem Slogan „Service – ein Produkt“ visualisiert hat. Die Ausstellung wurde anschließend noch an zahlreichen anderen Orten Deutschlands gezeigt.

In vier Workshops erhielten die Teilnehmer praxisnahe Anregungen in den Bereichen Flottenmanagement und Speditionslogistik, Vertrieb und Distributionslogistik, Gebäudeerhalt und Gebäudemanagement sowie für Start-ups von Frauen.

Wirtschaft trifft Wissenschaft: Forschung zum Anfassen

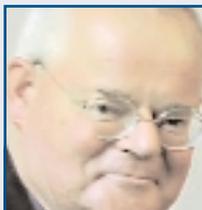
Bremen verfügt über eine Reihe von hervorragenden und international renommierten Forschungsinstituten. Die Bremer Unternehmen selbst – das hat eine Kammer-Umfrage gezeigt – sind mit den wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Bremen zufrieden und erteilen der FuE-Zusammenarbeit insgesamt gute Noten. Will ein Wirtschaftsstandort heute wettbewerbsfähig sein, braucht er einen funktionierenden Technologie-Transfer. Die geballte technisch-wissenschaftliche Kompetenz, gerade auch im Anwendungsbezug der Forschung, schafft einen guten Nährboden für die effektive Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in Bremen.

Um diese Zusammenarbeit weiter zu fördern sowie Forschung und Praxis zusammenzuführen, hat die Handelskammer die Technologie-Initiative Bremen gestartet und die 1996 erstmals durchgeführte Veranstaltungsreihe „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ im Jahr 2000 wieder aufgenommen. Ihr Ziel ist es, die Forschungskapazitäten der Region für die mittelständische Wirtschaft zu öffnen sowie Nutzen und Leistungen einzelner Institute vorzustellen. Kooperationspartner der Veranstaltungsreihe ist diesmal die Hochschule Bremen: Sechs Institute geben Mittelständlern jeweils an einem Nachmittag die Gelegenheit zu einem „Betriebsbesuch“ mit Diskussion und Gedankenaustausch.

Die Forschungskapazitäten der Region müssen für die mittelständische Wirtschaft geöffnet werden.

Technologieregion Nord-West formiert sich

Da Innovation nicht an den Landesgrenzen Halt macht und Nordwestdeutschland zu den eher noch unentdeckten Hochtechnologie-Standorten in Deutschland gehört, hat die Handelskammer Bremen im Jahr 2000 gemeinsam mit fünf anderen Kammern die „Technologieregion Nord-West“ aus der Taufe gehoben. Ein Leitfaden gibt erstmals einen komprimierten Überblick über die vielfältige Forschungsinfrastruktur sowie den Innovations- und Technologietransferbereich von Universitäten und Hochschulen im gesamten Nordwestdeutschland. Ziel ist es, die Innovationschwerpunkte der Region – Ernährungsgewerbe, Automobilbau, Luft- und Raumfahrt, Informations- und Kommunikationstechnologien – zu vernetzen und Transferangebote und -leistungen der Forschungseinrichtungen in der Wirtschaft stärker zu verankern.



„Ich wüsste nicht, wer außer der Handelskammer derzeit sonst in der Lage wäre, kulturpolitische Kriterien für Bremen zu formulieren.“
Prof. Dr. Klaus Pierwoß (Intendant, Bremer Theater)

Kulturpolitik – Plädoyer für einen konstruktiven Dialog

Die Handelskammer wird sich in den kommenden Jahren verstärkt Fragen der bremischen Kulturpolitik widmen. Dahinter steht die Auffassung, dass Kunst und Kultur für den Wirtschaftsstandort Bremen außerordentlich wichtige Faktoren sind. Im Mittelpunkt der Aktivitäten im Jahr 2000 stand die Veröffentlichung der „Leitlinien zur bremischen Kulturpolitik“, die durch den Arbeitskreis „Kultur – Wirtschaft“ der Handelskammer erarbeitet und auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurden. Der Arbeitskreis, in dem Unternehmer und Kulturschaffende mitwirken, hatte sich im Januar 2000 mit dem Ziel zusammengefunden, einen konstruktiven Beitrag zur aktuellen Kulturdiskussion in Bremen zu leisten.

Das Positionspapier ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich die bremische Kaufmannschaft – beispielsweise über eine ausgeprägte Stifterkultur – schon immer für Kunst und Kultur in Bremen engagiert hat. Ziel der Leitlinien ist eine in sich stimmige und auf den Dialog zwischen Politik, privater Förderung und Kulturschaffenden setzende Kulturpolitik in Bremen.

Das Positionspapier nennt acht Kernpunkte. Kulturförderung kann nur wirksam und innovativ sein, wenn Politik und Kulturschaffende die dafür notwendige Verlässlichkeit nicht aus dem Auge verlieren. Die Politik ist dazu aufgerufen, die Kulturförderung in Form von Mittelzusagen nicht nur für ein Haushaltsjahr, sondern für mindestens eine Legislaturperiode zu gewährleisten.

Handelskammer und Kulturschaffende betrachten die Förderung von Kunst und Kultur als Verpflichtung für Bürgerschaft und Senat. Konsens besteht darüber, dass sich auch die Kulturschaffenden aktiv an der notwendigen Verbesserung kultureller Strukturen beteiligen müssen. Das ist zugleich eine wichtige Voraussetzung für ein wirkungsvolles bremisches Stadtmarketing. Die öffentliche Kulturförderung muss für eine funktionsfähige infrastrukturelle Grundausstattung und ein inhaltliches Basisangebot einschließlich der notwendigen Personal- und Sachmittel sorgen, Leistungsstärke und Wirtschaftlichkeit müssen aber auch den geförderten Einrichtungen abverlangt werden können. Die bremische Wirtschaft selbst sieht sich in der Förderung von Kunst und Kultur im Sinne des Gemeinwohls verpflichtet und ist bereit, hierzu auch ihren inhaltlichen Beitrag zu leisten.

Eine Ergänzung bildet das private Sponsoring. Dabei ist die bremische Wirtschaft einer der Partner. Über die Basisförderung von Bürgerschaft und Senat hinaus kann Kulturförderung nach Auffassung der Handelskammer viele Facetten aufweisen – beispielsweise in der weiteren Entwicklung einer neuen Stifterkultur, in der Einrichtung von Patenschaften zwischen Unternehmen und Kultureinrichtungen, in der Initiierung einer Sponsorenbörse oder in der Einrichtung eines Kreativitätsfonds zur Förderung besonders innovativer Projekte im Kulturbereich. Sie unterstützt damit das Bild Bremens als innovative, aufgeschlossene Stadt.

Macbeth am Bremer Theater: Kulturschaffende braucht Verlässlichkeit.



Auf dem Weg zu einer neuen Stifterkultur

Stiftungen sind seit Jahrhunderten eng mit Bremen verbunden. Vieles davon wirkt im Verborgenen. Über die Stiftung „Haus Seefahrt“ ist diese hanseatische Tradition beispielsweise auch überregional bekannt. Gemeinsam mit dem Innenressort ist die Handelskammer auch in diesem Bereich aktiv, um durch eine Stiftungsinitiative die kulturelle Entwicklung Bremens positiv zu unterstützen. Dazu wird die Handelskammer künftig beratend und vermittelnd zur Verfügung stehen und in regelmäßigen Abständen auch Stiftertage veranstalten.

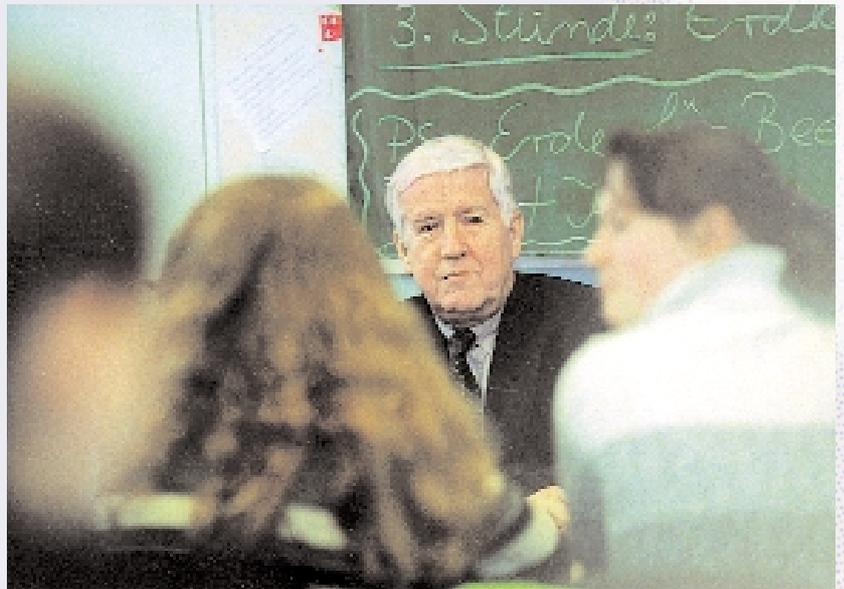
Für ein leistungsfähiges Bildungssystem

Bremer Ausbildungsplatz-Zahlen stellen sich zunehmend günstiger dar. Wie schon in den vergangenen Jahren haben die vielfältigen Aktivitäten der Handelskammer und zahlreicher Unternehmen auf diesem Gebiet auch im Jahr 2000 wieder Wirkung gezeigt. Im Zuständigkeitsbereich der Handelskammer Bremen wurden für das Jahr 2000 knapp 3.000 neue Ausbildungsverträge registriert. Damit konnte ein Plus von 8,4 Prozent an betrieblichen Verträgen im Vergleich zum Vorjahr erreicht werden – ein Wert, der über dem Bundesdurchschnitt liegt. Allein bei den neuen IT-Berufen betrug der Zuwachs mehr als 50 Prozent.

Weiter verstärkt hat die Handelskammer ihre Aktivitäten im Bereich „Wirtschaft – Schule“. Zusammen mit dem Senator für Bildung und Wissenschaft hat der Präses der Handelskammer in einer Erklärung am 6. März 2000 gemeinsame Absichten zur Sicherung der Qualität von Lehr- und Lernprozessen in den Schulen sowie zur Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit des bremischen Bildungssystems vorgestellt. Einigkeit besteht darüber, dass dies eine entscheidende Voraussetzung für die Zukunft des Landes Bremen sowie für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft ist.

Schulen müssen durch Qualität und Effizienz ihrer Arbeit ihren Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Landes leisten. Senat und Handelskammer streben dabei einen größtmöglichen Konsens über Ziele und Maßnahmen in der Erziehung, Bildung und Berufsbildung junger Menschen an, um sie für zukünftige Aufgaben im Beruf und in der Gesellschaft bestmöglich vorzubereiten. Darum wurde ein enger intensiver Dialog zwischen Handelskammer, Betrieben, Schulen und Landesinstitut für Schule unter Wahrung der jeweiligen Verantwortlichkeiten vereinbart.

Die Gespräche waren kooperativ und vom Willen getragen, die Ziele umzusetzen. Zur Diskussion stehen Leistungsvergleiche, die Einführung des Faches Arbeitslehre und Ökonomische Bildung, Rahmenpläne für Arbeits- und Sozialverhalten sowie die Bewertung in Zeugnissen im „Berufswahlpass“. In den Gesprächen ging es ferner um die Intensivierung von Betriebspraktika für Lehrer, Eva-



luierung der Berufsorientierung, Programme zum stärkeren Computereinsatz an Schulen, Unterricht von Praktikern, Schulprojekte zur Qualitätsmessung der Schulen. Erörtert werden auch Möglichkeiten zur Verbesserung der Ausbildungsreife, Intensivierung des Fremdsprachenunterrichts, Zusatzqualifikationen, Flexibilisierung des Schulunterrichts, Verzahnung von der allgemeinen und der beruflichen Bildung und Erstellung eines am Bedarf der Wirtschaft orientierten Qualifizierungsangebots.

Wenn Wirtschaft und Schule aufeinander zugehen ...
Kammerpräses und Wirtschaftsminister besuchten im Frühjahr gemeinsam einige Bremer Schulen; hier das Schulzentrum in der Neuen Vahr.



„Bildung wird wesentlich über unsere Zukunft entscheiden – über eine sozial gerechte, wirtschaftlich erfolgreiche und kulturell vielfältige Gesellschaft. Mehr als zuvor werden materielle und soziale Sicherung untrennbar mit einer guten Bildung und Ausbildung verbunden sein.“
Willi Lemke (Senator, Bildung und Wissenschaft)

Leistungsbilanz

Weiteres Flächenangebot im Wohnungsbau notwendig

Die Ziele des Sanierungsprogramms, die Wirtschafts- und Steuerkraft in Bremen dauerhaft zu stärken sowie Arbeitsplätze neu zu schaffen, stehen in engem Zusammenhang mit einer auf Wachstum ausgerichteten Stadtentwicklungspolitik. Alle Anstrengungen sind daher weiterhin darauf zu richten, dem Abwanderungstrend in das Umland entgegenzuwirken.

Hierzu gehört unter anderem die Bereitstellung eines attraktiven Flächenangebotes für den Wohnungsbau. Die Handelskammer unterstützt daher die Ausweisung weiterer Wohnbaugelände in Arsten, Brokhuchting, Osterholz und Borgfeld.

In diesem Zusammenhang kommt der Umnutzung des Gebietes beim Stadtwerder eine besondere Bedeutung zu. Die Planungen über Teilflächen auf dem Stadtwerder beim Wasserturm („umgedrehte Kommode“) sind jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten. Es wurde geprüft, ob das Gelände um den Wasserturm für den Wohnungsbau geeignet ist und unter ökonomischen Gesichtspunkten vertretbar erscheint. Die Studie kommt zu der Empfehlung einer insbesondere für den Wohnungsbau geeigneten Nutzung. Die zentrale Lage zwischen Altstadt und Neustadt, der direkte Kontakt zur Weser, die ideale Anbindung an das Naherholungsgebiet Stadtwerder und die gute Anbindung an den ÖPNV sind Gründe für einen Wohnstandort.

Für die Wohnbebauung wurden vier Modelle entwickelt – Stadtvillen, Geschosswohnungsbau, Stadthaus/Reihenhaus und offener Block/Zeile. Der Handelskammer-Ausschuss für Stadtentwicklung hat sich für eine Wohnbebauung an diesem Standort ausgesprochen. Eine genaue Zielgruppenausrichtung muss noch erfolgen. Eine Mischnutzung von Wohnen und Dienstleistungen ist aus heutiger Sicht nicht empfehlenswert, bevorzugt wird die reine Wohnnutzung in diesem Areal.

Büroflächenmarkt expandiert

Der Büroflächenmarkt in Bremen expandiert weiter. Das hat die Bremer Investitions-Gesellschaft (BIG) in ihrem Büromarkt-Report 1999 festgestellt. Demnach hat sich das Bauvolumen im Vergleich zum Vorjahr mit 55.000 Quadratmetern nahezu verdoppelt. Rund 37.000 Quadratmeter waren bereits vor der Fertigstellung fest vermietet. Bei einer Gesamt-Vermietungsleistung von 85.000 Quadratmetern lag die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr mit 63 Prozent weit über dem Bundesniveau. Etwa die Hälfte der in Bremen neu vermieteten Büroräume lag in der Kategorie 1.000 Quadratmeter und größer.

Nach Angaben der BIG gingen die Leerstände 1999 auf Grund der ausgezeichneten Nachfrage deutlich zurück. 1998 blieben noch 87.000 Quadratmeter ungenutzt, im Jahr darauf waren es nur noch 67.000 Quadratmeter. Weil ein Teil der Objekte allerdings nicht mehr marktgängig ist, stehen nach Ansicht der BIG tatsächlich nur 55.000 Quadratmeter Altfläche für eine Vermietung zur Verfügung. Die Leerstandsquote hat sich damit von 3,2 auf 2,4 Prozent reduziert.

Das Mietpreis-Niveau ist stabil geblieben. Für Neubauflächen wurden 19 bis 20 Mark pro Quadratmeter gezahlt, für gut ausgestattete Bestandsflächen ließen sich 13 bis 16 Mark realisieren. Nach Auffassung der Handelskammer ist Bremen heute als Bürostandort auch für überregional tätige Unternehmen interessant.

Erweiterung Gewerbepark Hansalinie

Die Erweiterung des Gewerbeparks Hansalinie befindet sich in seiner ersten Baustufe der Erschließung und Vermarktung. Bei einer Gesamtfläche der Hemelinger Marsch von ca. 50 Hektar wurden rund 40 Hektar voll erschlossen. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft geht davon aus, dass in diesem Jahr etwa 50 Prozent der insgesamt zur Verfügung stehenden Flächen fest vergeben sein werden und die gesamte erste Erschließungsstufe bis 2004 vermarktet ist.

Die Planung des 1.200 Meter breiten Siedlungsbandes entlang der A 1 (Arberger und Mahndorfer Marsch) sieht gewerbliche

nzen Bremen

Bauflächen von rund 700 Hektar (brutto) vor. Die Qualität des Gebietes wird durch die Nähe der Autobahn bestimmt.

Die Handelskammer begrüßt die Entwicklungsplanung, da hierdurch die Gewerbeflächendefizite im Bremer Osten weitgehend ausgeglichen werden können. Die Kammer hat jedoch deutlich gemacht, dass der Nettobaulandanteil für die gewerbliche Nutzung noch weiter erhöht werden muss.

Gewerbegebiet Habenhausen-West entwickelt sich gut

In einer Studie hat das BAW Institut für Wirtschaftsforschung das kleine Gewerbegebiet Habenhausen-West untersucht. Die Befragung der 78 ansässigen Unternehmen, die mit Unterstützung der Handelskammer durchgeführt wurde, erbrachte einige überraschend positive Ergebnisse: Bereits 1995 – rund zehn Jahre nach Beginn der Besiedlung des Gewerbegebietes – gab es dort 1.700 bis 1.800 Arbeitsplätze. Zwischen 1995 und 1999/2000 stieg die Zahl der Beschäftigten um 25 Prozent.

Gemeinsam mit Einzelhandelsunternehmen prägt der Groß- und Außenhandel den Standort und trug mit 200 zusätzlichen Arbeitsplätzen maßgeblich zum Beschäftigungswachstum bei. Kleine Unternehmen mit bis zu 10 bzw. 50 Beschäftigten stellten

45 Prozent der Arbeitsplätze. Auf die mittleren Unternehmen mit bis zu 150 Arbeitsplätzen entfällt ein Beschäftigungsanteil von 55 Prozent. Die Zahl der Ausbildungsplätze stieg überdurchschnittlich um 40 Prozent auf 140 Auszubildende. Die Arbeitsplatzdichte liegt heute bei 70 Beschäftigten.

Die Fluktuation der Betriebe im Gewerbegebiet ist gering, frei werdende Flächen und Gebäude werden schnell wieder neu genutzt. Problematisch dagegen wird von den Unternehmen die Verkehrserschließung gesehen. Sie müsse dringend verbessert werden. Eine zweite Zufahrt aus Richtung Neustadt würde die benötigte Entlastung schaffen.

Nach Auffassung der Handelskammer zeigt das Gewerbegebiet Habenhausen-West exemplarisch die Bedeutung der Bereitstellung stadtnaher Gewerbeflächen für die Wirtschaftsförderung und die Wirtschaftsstrukturpolitik.

Nutzungskonzept für das ehemalige Vulkan-Gelände geht auf

Die Umstrukturierung des ehemaligen Vulkan-Geländes in Bremen-Nord hat weitere Fortschritte gemacht. Nach einer Zwischenbilanz der Bremer Investitions-Gesellschaft (BIG) arbeiten rund 1.500 Personen, davon 350 ehemalige Vulkan-Mitarbeiter, in dem neuen 60 Hektar großen Gewerbegebiet. Auf den Flächen, die derzeit zur Verfügung stehen, sind über 900 festangestellte Mitarbeiter und Auszubildende sowie weitere knapp 600 Beschäftigte für einzelne Projekte tätig.

Mehrere Gesellschaften der BIG-Gruppe koordinieren federführend diese Projekte und vermarkten das Gewerbegebiet. Von den derzeit rund 50 Firmen auf dem Gelände siedelten sich 1999 allein 22 an. Die Mehrzahl sind kleine und mittlere Betriebe aus dem produzierenden Gewerbe, schwerpunktmäßig im Metall-, Maschinen- und Anlagenbau. Größte Arbeitgeber sind die Firmen Lürssen und Stahlbau Nord (SBN).

Mittelfristig wird mit einem weiteren Anstieg der Arbeitsplatzzahlen gerechnet. Nach Auffassung der Handelskammer trägt diese positive Entwicklung entscheidend zur Entschärfung der Strukturprobleme in Bremen-Nord bei.



Blick durch die Röhre einer Windenergieanlage: der abgebaute Vulkan-Kran auf dem ehemaligen Vulkan-Gelände in Bremen-Nord.

Berliner Freiheit wird neu gestaltet

Die Berliner Freiheit in der Neuen Vahr wird modernisiert und umfangreich neu gestaltet. Für das Einkaufszentrum stellt der Flächennutzungsplan gemischte Bauflächen, für die Randzonen entlang der Karl-Kautsky-Straße Grünflächen dar. Die notwendige Anpassung des Einkaufszentrums an veränderte Ladenrößen, der Bedarf an zusätzlichen Bauflächen und funktionale Erfordernisse an heutige Formen von Einkaufseinrichtungen dieser Art machen eine Änderung der Festsetzung des Bebauungsplanes erforderlich und führen zu einer völligen Neugestaltung des Zentrums.

Das Einzelhandelsangebot soll damit deutlich verbessert werden, der Wochenmarkt mehr Möglichkeiten bekommen, der Marktplatz als Ortsmittelpunkt attraktiver werden und durch neue Wegebeziehungen besser erreichbar sein. Das Einkaufszentrum soll insgesamt über 700 Parkplätze verfügen. Damit gewinnt die Neue Vahr nach Auffassung der Handelskammer an Qualität und Ausstrahlung. Insgesamt stehen für die öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen Mittel von rund 20 Millionen Mark zur Verfügung. Baufertigstellung soll im Frühjahr 2002 sein.



Das Gebiet um den Wasserturm auf dem Stadtwerder eignet sich hervorragend für eine Wohnbebauung.

Neuordnung der Luft- und Raumfahrtindustrie

Die große Fusions- und Neuorganisationswelle in der europäischen Luft- und Raumfahrttechnik erstreckt sich auch auf Bremen. Die DaimlerChrysler Aerospace-Gruppe (Dasa), eines der größten Unternehmen in Bremen, war davon auf zweifache Weise betroffen.

Am 21. März 2000 hat die EU-Kommission dem Zusammenschluss der Dasa-/Dornier-Geschäftsbereiche Raumfahrt mit der französisch-britischen Raumfahrtfirma Matra Marconi Space zugestimmt. Durch diese Fusion ist unter der Firmierung Astrium der führende Raumfahrtkonzern in Europa entstanden. Auf die Astrium GmbH Space Infrastructure in Bremen sind sämtliche Aktivitäten der DaimlerChrysler Aerospace AG übergegangen. In Bremen ist der Geschäftsbereich Raumfahrt-Infrastruktur angesiedelt.

Der Zusammenschluss zur Astrium GmbH ist logische Folge der Fusion von Dasa, der spanischen CASA und der französischen Aeropatiale Matra zur European Aeronautic Defence and Space Company EADS. Im Frühjahr 2000 konnte auch dieser Zusammenschluss rechtlich vollzogen werden. Die ehemalige DaimlerChrysler Aerospace Airbus GmbH in Bremen firmiert seither unter EADS Airbus GmbH.

Dem Standort Bremen dürfte es zugute kommen, dass sich die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie zu einer schlagkräftigen Einheit formiert. Schon heute ist Bremen ein hervorragendes Kompetenzzentrum der Luft- und Raumfahrt. Beispielsweise liefert die bremische Astrium GmbH wesentliche Module für den Ausbau und Betrieb der internationalen Raumstation ISS. Zugleich ist Bremen im Produktionsverbund der Airbus-Großraumflugzeuge Entwicklungs- und gleichzeitig Montagezentrum für die Flügelsysteme.

Telekommunikations- und Internetaktivitäten des Bremer Senats

Das mehrfach preisgekrönte Stadtinformationssystem Bremen-online (www.bremen.de) wird nach einem Beschluss des Bremer Senats teilprivatisiert. Die Handelskammer hat auf das „Wie“ und „Wann“ mit mehreren Stellungnahmen Einfluss genommen. Mit der

neuen Eigentümerstruktur soll künftig ein Bremen-Portal entwickelt werden, in dem das gesamte gesellschaftliche Leben Bremens mit allen Facetten der Wirtschaft, des Tourismus, der Freizeit sowie des öffentlichen Sektors abgebildet wird.

Aus dem Multimedia-Städteettbewerb Media@komm ist Bremen als eine von drei Siegerstädten hervorgegangen. Das stellt einen herausragenden Erfolg dar. Ziel des Projekts ist die Verbesserung der Kundenorientierung der öffentlichen Verwaltung durch verstärkte Elektronisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bürger kann daraus ein hoher Nutzen entstehen.

Intensiv diskutiert wurde im Jahr 2000 die Zukunft des Landesbreitbandnetzes (LBN). Die Handelskammer hat sich nachdrücklich in diese Diskussion eingeschaltet. Nach der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes hat sich durch die dynamische Marktentwicklung das Angebot breitbandiger Telefonie-Dienste erheblich gewandelt. Die Handelskammer hat mit Erfolg darauf gedrängt, diesen Veränderungen und insbesondere den daraus entstehenden ordnungspolitischen Problemen bei der Neukonzeption öffentlich geförderter Kommunikationsinfrastruktur in Bremen Rechnung zu tragen.

Bremen in T.I.M.E. verabschiedet

Mit dem Rahmenprogramm zur Landesinitiative „Informations- und Mediennutzung“ – Bremen in T.I.M.E. – hat der Bremer Senat einer langjährigen Forderung der Handelskammer entsprochen, die zahlreichen wirtschaftsbezogenen Aktivitäten im Bereich Multimedia und Informations- und Kommunikationstechnologien zu einem Gesamtkonzept zusammenzuführen. Die Handelskammer hat in zahlreichen Arbeitskreisen, Einzelgesprächen und Stellungnahmen das Entstehen des Programms aktiv begleitet. Themenschwerpunkte sind die Stärkung regionaler Potenziale, der Ausbau von Infrastrukturen für das E-Business und die Qualifizierung.

Technologiepark Universität: Süd- und Norderweiterung wird gebraucht

Der Technologiepark Universität ist ein Erfolgsprojekt der bremischen Sanierungsanstrengungen. Und nicht nur das: Er ist zum Symbol für ein neues technologie- und mittelstandsorientiertes Selbstverständnis des Wirtschaftsstandortes Bremen geworden. Jetzt stößt er jedoch an Grenzen. Sämtliche Grundstücke im vorhandenen Areal sind bebaut oder vergeben. Damit die Erfolgsgeschichte „Technologiepark Universität“ fortgeschrieben werden kann, werden dringend Erweiterungsflächen gebraucht. Dabei ist eine direkte Anbindung an den heutigen Standort unabdingbar.

Die Handelskammer plädiert dabei für eine Nachverdichtung im Bestand. Die wenigen dazu vorhandenen Möglichkeiten sollten vor allem genutzt werden, um die Urbanität des Stadtteils zu erhöhen. Außerdem ergibt die im März 2000 durch den Bremer Senat beschlossene Süderweiterung voraussichtlich einen Ansiedlungsspielraum von weiteren zehn Jahren. Dieses Potenzial muss nunmehr umgehend erschlossen werden. Allerdings: Mit einer Netto-Baufläche von maximal 40 bis 50 Hektar bietet die Süderweiterung in Richtung Schwachhausen/Bürgerpark weder das räumliche noch das städtebauliche Potenzial einer Vergrößerung nach Norden. Einen vollwertigen Ersatz oder gar eine Alternative für die Erweiterung nach Norden bildet sie deshalb nicht.

Um Bremen als Technologiestandort kräftig nach vorne zu bringen, spricht sich die Handelskammer drittens dafür aus, die Erweiterung des Technologieparks Universität über die A 27 hinweg ins Hollerland schnellstens vorzubereiten. Erschließung und Naturschutz müssen dabei keine unüberwindlichen Gegensätze bilden. Eine intelligente, moderne Stadtplanung nimmt bei der Bebauung Rücksicht auf naturräumliche Belange.





Integrierter Umweltschutz: Ein Weg zur Kostenreduzierung?

In großen Konzernen wird es bereits praktiziert. Das Zauberwort heißt PIUS und bedeutet produktionsintegrierter Umweltschutz. Anstatt auf nachsorgenden Umweltschutz – beispielsweise durch Kläranlagen oder Rauchgasreinigung – zu setzen, beginnt PIUS schon in der Produktion. Ziel ist es, die Produktion ganzheitlich zu erfassen und durch technische und organisatorische Maßnahmen so zu gestalten, dass die Umweltauswirkungen eines Unternehmens auf ein Minimum reduziert werden.

Um diese Erkenntnisse auch insbesondere bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zu verankern, wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Umweltressort und dem Wirtschaftsressort eine so genannte „PIUS-Anlaufstelle“ bei der RKW Bremen GmbH eingerichtet. Die Kammer unterstützt diese Initiative bei Veranstaltungen und durch eine aktive Mitarbeit im PIUS-Beirat.

Neues Business-Angel-Netzwerk in Bremen

Seit vielen Jahren unterstützt die Kammer Existenzgründungen und junge Unternehmer. In diesem Jahr ist das breite Dienstleistungsangebot der Handelskammer durch die Gründung eines Business-Angel-Netzwerkes in Bremen in Zusammenarbeit mit der Bremer Investitionsgesellschaft (BIG) und der RKW Bremen GmbH erweitert worden. Im Vordergrund steht der Aufbau einer privaten Existenzgründungsförderung durch Bremer Unternehmer-Persönlichkeiten – sogenannte Business Angels –, die junge Unternehmen durch Erfahrungen oder auch eigenes Kapital bei ihren ersten Schritten begleiten.

Die Motivation von Business Angels beschränkt sich nicht nur auf die Chance, finanziell am Erfolg eines vielversprechenden Unternehmens beteiligt zu sein, sondern es zählt auch die Möglichkeit, die eigenen Erfahrungen weiterzugeben, um aussichtsreiche Gründer zum Erfolg zu führen. Für junge Unternehmen sind Erfahrung, Know-how und Kontakte eines Business Angels wertvolle Hilfen.

Keine überzogene Anmeldung von FFH-Gebieten

Die Handelskammer hat sich auch im Jahr 2000 im Rahmen der Diskussion um die Anmeldung von Fauna-Flora-Habitat-Gebieten (FFH-Gebieten) nachdrücklich für die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Bremens eingesetzt. Hintergrund ist, dass alle europäischen Regionen aufgefordert sind, schutzwürdige Gebiete, in denen sich seltene Pflanzen und Tiere befinden, anzumelden. Bremen hat bereits Gebiete im Umfang von über 560 Hektar gemeldet. Für einen Stadtstaat mit eng begrenzter Fläche ist dies ein zu hoher Wert.

Der Bremer Senat hat entschieden, weitere für die wirtschaftliche Entwicklung Bremens entscheidende Flächen, wie das Hollerland, das Weddewardener Außendeichsland sowie die Fläche Niedervieland-West, nicht anzumelden. Die Handelskammer unterstützt die Entscheidung des Senats ausdrücklich.

Auf dieser Basis lassen sich zentrale wirtschaftspolitische Kernprojekte für die nächsten Jahre realisieren, zum Beispiel der Ausbau des Containerterminals CT IV oder die Trassierung des Autobahnringes A 281. Insbesondere müssen nunmehr die Weichen für eine umfassende Erweiterung des Technologieparks Universität gestellt werden.

Vom Hörsaal in den Chefsessel

Im Jahr 2000 wurde der zweite Durchgang des Qualifizierungsprogramms „Berufsperspektive: Existenzgründung?!\", das die Universität Bremen und die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven für Studierende und wissenschaftliche Mitarbeiter erstmals gemeinsam angeboten haben, abgeschlossen. Diese Initiative soll insbesondere Studenten, die den Weg in die Selbstständigkeit beschreiten möchten, durch betriebswirtschaftliche und praxisorientierte Kurse für diesen Schritt vorbereiten. Die Handelskammer fördert diese Aktion und wird hierbei von Bremer Unternehmer-Persönlichkeiten unterstützt, die sich gerne bereit erklärt haben, über fachlich-branchenspezifische Themen und Erfahrungen aus der Praxis zu referieren.

Bundeswehr organisiert Beschaffungswesen neu

Im Rahmen der marktwirtschaftlichen Neuorientierung der Bundeswehr wird das Beschaffungswesen neu organisiert. Eine erste Maßnahme ist der Rahmenvertrag, der mittlerweile von über 200 Unternehmen aus ganz Deutschland unterzeichnet worden ist.

Dadurch verpflichtet sich der Bundesminister der Verteidigung, „die notwendigen Voraussetzungen für die angestrebten Reformen herzustellen und so zu ermöglichen, dass vereinbarte Projekte in industrieller Verantwortung oder in amtlich industrieller Kooperation ausgeführt werden können“. Weiterhin wurde die Gesellschaft zur Entwicklung, Beschaffung und Betrieb gegründet. Sie soll die Bundeswehr beraten, wie sie ihre Beschaffungsprozesse am effizientesten organisieren kann.

Über den DIHT und in Gesprächen mit Dr. Annette Fugmann-Heesing, der Leiterin der neuen Gesellschaft, nimmt die Handelskammer Einfluss auf die Neuorganisation. Die Kammer vertritt die Position, dass die Bundeswehr insbesondere für den bremischen Mittelstand weiterhin ein verlässlicher und fairer Geschäftspartner bleiben muss.



Die Marktwirtschaft soll Einzug in die Bundeswehr halten: Das Beschaffungswesen wird neu organisiert.

Eine Auswahl der Stellungnahmen des Geschäftsbereiches finden Sie auf Seite 34.

Neuordnung der bremischen Außenwirtschaftsförderung

Die 1999 begonnene Neuordnung der bremischen Wirtschaftsförderungsinstitutionen unter dem Dach der Bremer Investitions-Gesellschaft mbH (BIG) wurde in diesem Jahr auch im außenwirtschaftlichen Bereich fortgesetzt. Die bremische Außenwirtschaftsförderungsgesellschaft Bremen Business International (BBI) GmbH wurde als eigenständige Institution aufgelöst und auf die BIG GmbH verschmolzen. Die Aufgaben der BBI GmbH wurden auf die BIG-Holding (Internationale Akquisition von Investoren, Verwaltung des World Trade Centers) und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (Bewirtschaftung der Fördermittel aus dem bremischen Außenwirtschaftsfonds, Unterstützung Bremer Unternehmen im Ausland) verteilt. Gleichzeitig wurde ein Teil der Auslandsrepräsentanzen geschlossen.

Die Handelskammer sieht in dieser Neuordnung die Chance für eine effizientere und kostengünstigere Aufgabenwahrnehmung in der staatlichen Außenwirtschaftsförderung. Um Transparenz und eine sinnvolle Erfolgskontrolle der in diesem Bereich tätigen staatlichen Institutionen zu erreichen, sollte die künftige Außenwirtschaftsförderung im Lande Bremen durch ein entsprechendes Konzept unterlegt und nachvollziehbar gemacht werden.

Durch die Neuordnung freierwerdende Haushaltsmittel sollten für die Außenwirtschaftsförderung erhalten und vorrangig zur einzelbetrieblichen Förderung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen verwendet werden. Im Sinne des Abbaues bürokratischer Hindernisse sollte dabei darauf verzichtet werden, das ohnehin geringe Mittelvolumen für diesen Bereich durch eine Quotierung zwischen Bremen und Bremerhaven aufzuteilen.

Die Neuordnung der Außenwirtschaftsförderung bietet die Chance, kleinere und mittlere Unternehmen effizienter und kostengünstiger bei der Wahrnehmung internationaler Aktivitäten zu unterstützen.



Bremen United States Center (BUSC)

Unter maßgeblicher Mitwirkung der Handelskammer Bremen entstand im ersten Halbjahr 2000 das zwischenzeitlich vom Senat verabschiedete Konzept für ein Bremen United States Center (BUSC). Das Zentrum wird seinen Sitz ab 2002 in dem eigens dafür umgebauten „Vorwärts-Haus“ in zentraler Innenstadtlage haben.

Eine zentrale Säule der BUSC-Aktivitäten wird eine deutsch-amerikanische Wirtschaftsplattform sein, die als bundesweit einmaliges Modellprojekt in enger Zusammenarbeit mit der Handelskammer Bremen, den deutschen Auslandshandelskammern in Nordamerika, dem US-Commercial-Service sowie den Wirtschaftsabteilungen der US-Botschaft in Berlin bzw. des US-Generalkonsulates in Hamburg betrieben werden wird.

Mit einem anspruchsvollen Leistungsangebot wird sie besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei Markteinstieg und –bearbeitung in Nordamerika unterstützen. Zum Angebot werden individuelle Beratungsleistungen ebenso gehören wie der Zugang zu US-amerikanischen Wirtschaftsdatenbanken, Bibliotheken, Informations- und Pressediensten sowie zum umfangreichen Informations- und Unterstützungsangebot des US-Commercial-Service und der Wirtschaftsförderungsinstitutionen der einzelnen US-Bundesstaaten.

Gleichzeitig soll die Wirtschaftsplattform Kammern, Außenwirtschaftsförderungseinrichtungen und Verbände im nord-deutschen Raum bei der gezielten Fortentwicklung ihres Beratungsangebotes zum US- bzw. NAFTA-Markt unterstützen.

Weitere Aufgaben werden die Förderung des Know-how- und Wissenschaftstransfers mit den USA, die Begleitung der Aktivitäten der International University Bremen, des Aufbaus eines „Science-Park“ in Bremen-Nord und die Darstellung Bremens als Investitionsstandort für Unternehmen aus den USA und dem NAFTA-Raum sein.

Als erste Projektaktivität im Zusammenhang mit dem Aufbau des BUSC hat die Handelskammer gemeinsam mit der Carl-Duisberg-Gesellschaft in Bremen ein dreijähriges

Das „Bremen United States

Center“ wird seinen Sitz ab

2002 in dem eigens dafür

umgebauten „Vorwärts-

Haus“ in zentraler Innen-

stadtlage haben.

Aufhebung des Freihafengebiets rechts der Weser

Das Thema „Aufhebung des Freihafengebiets rechts der Weser“ stand auch im Jahr 2000 weiterhin auf der Tagesordnung. Die Handelskammer hat sich beim Senator für Wirtschaft und Häfen mit Nachdruck dafür eingesetzt, die 1999 gegebenen Zusagen einzuhalten.

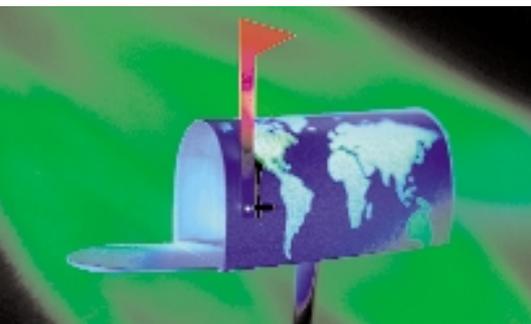
Danach soll Firmen, die auf den Fortbestand der Freizone nicht verzichten können, die Umsiedlung in den Freihafen links der Weser angeboten werden. Den im Hafengebiet ansässigen Unternehmen soll zugesichert werden, das Land Bremen werde unverhältnismäßige Nachteile bzw. erhebliche Mehrkosten ausgleichen, die durch den Wegfall des Freihafens entstehen.

Ziel-2-Förderung

Die Handelskammer hat Stellungnahmen zur Ziel-2-Förderung des Landes Bremen aus Mitteln der Europäischen Strukturfonds im Förderzeitraum 2000 bis 2006 beim Wirtschaftssenator sowie zum Initiativprogramm INTERREG beim Senator für Bau und Umwelt abgegeben.

Darin hat sich die Handelskammer neben konkreten Projektvorschlägen im Land Bremen für eine besondere Berücksichtigung des mittelständischen privaten Wirtschaftssektors eingesetzt. „Innovative Existenzgründungen“ und Maßnahmen zur Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten sind ebenso in den Forderungskatalog mit aufgenommen worden wie die Förderung von Arbeitsplätzen.

Die Programmrichtlinien aus INTERREG zur Verstärkung der Kooperationen mit den süd-, mittel- und osteuropäischen EU-Erweiterungsstaaten sowie der GUS wurden sehr begrüßt. Die Handelskammer betonte die Notwendigkeit der kontinuierlichen Förderungszuwendungen aus Europa an das Land Bremen auch nach dem Beitritt der sechs Staaten Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union.



Intensivberatungsprogramm für technologieorientierte KMU aufgelegt, dessen Durchführung vom Senator für Wirtschaft unterstützt wird. Daran teilnehmende KMU werden gezielt für den Schritt über den Atlantik fit gemacht und von der ersten Erkundung des Zielmarktes über die gezielte Partnersuche bis zum Abschluss konkreter Export- bzw. Kooperationsverträge begleitet.

Stellungnahmen der Handelskammer Bremen (Auswahl)

- Aufhebung des Freihafenstatus für die Häfen rechts der Weser
(Bundesministerium für Finanzen über den DIHT, Senator für Wirtschaft und Häfen)
- Neuordnung der bremischen Außenwirtschaftsförderung / Integration BBI in BIG
(Senator für Wirtschaft und Häfen)
- Bremen United States Center
(Senator für Wirtschaft und Häfen)
- Förderprioritäten Bremen Ziel 2
(Senator für Wirtschaft und Häfen)
- INTERREG-Förderprioritäten
(Senator für Wirtschaft und Häfen)
- Geplante Auflösung des Hauptzollamtes Bremerhaven
(Oberfinanzdirektion Hannover)
- Harmonisierung der Ursprungsregeln in den Freihandelsabkommen der EU mit Südafrika und Mexiko
(EU-Kommission; gemeinsame Stellungnahme der Vereinigung der Nordseehäfen-Handelskammern)

Einzelhandel – Bremen rückt weiter in den Blickpunkt

In der insgesamt weiterhin wenig befriedigenden Grundsituation des Einzelhandels ließen sich in Bremen auch einige positive Tendenzen erkennen. Insbesondere die verlängerten Öffnungszeiten an den Sonnabenden anlässlich der EXPO brachten Zuwachsraten und trugen insgesamt zu einer längeren Verweildauer der Kunden in der Innenstadt bei.

Überregionale Marketingaktionen sowie neue Attraktionen wie das am 9. September 2000 eröffnete Universum Science Center rückten die Stadt auch bei vielen auswärtigen Besuchern in den Blickpunkt. So erreichte der Tourismus in Bremen im Jahr 2000 Rekordzahlen – die Zahl der Übernachtungen übertraf alle Erwartungen. Allein im ersten Halbjahr konnte mit mehr als 292.000 Besuchern ein Plus von 14 Prozent verzeichnet werden, fast 528.000 Übernachtungen erbrachten einen Zuwachs von 15 Prozent.

Sehr positiv wird sich auf diese Entwicklung die weitere Aufwertung Bremens durch das „Sofortprogramm Innenstadt“ auswirken. Davon wird nicht nur der Innenstadt-Einzelhandel profitieren, Nutznießer können auch die wettbewerbsfähigen Anbieter in den einzelnen Stadtteilen sein.

Großhandel – starker Wettbewerb prägt das Bild

Die Situation im Großhandel ist nach wie vor durch einen starken Wettbewerb und Strukturwandel gekennzeichnet. Mit Ausnahme des baunahen Bereichs konnten insgesamt befriedigende, teilweise auch gute Ergebnisse erzielt werden. Eine positive Grundstimmung geht auch mittelfristig vom Exporthandel aus. Ebenso wird der Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, wie auch Ge- und Verbrauchsgütern weiterhin optimistisch beurteilt. Im norddeutschen Binnen-großhandel wurde zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 2000 insgesamt ein Umsatzplus von 2,7 Prozent erzielt, bei gestiegenen Preisen entspricht dieser Wert etwa dem Vorjahresniveau.



Das Universum Science Center – eines der erfolgreichsten weltweiten Projekte der EXPO. Die Besucherresonanz übertraf alle optimistischen Prognosen: Statt 800 bis 850 Gäste pro Tag kamen doppelt so viele Erlebnis- und Wissenshungrige. Auch der Space Park soll die oberzentrale Funktion Bremens stärken.



Die Stadtteilzentren

Durch das „Sofortprogramm Innenstadt“ wird die Attraktivität der Stadt Bremen nachhaltig erhöht. Diese Initiative wendet sich aber nicht nur dem Stadtzentrum zu, sondern bemüht sich zugleich um die zentralen Handelsstandorte in den Stadtteilen. Erste Ergebnisse sind beispielsweise im Stadtteil Gröpelingen zu erkennen. Besondere Maßnahmen im Quartier werden zukünftig zur Belebung der Lindenhofstraße und des Gröpelinger Ortskerns beitragen. Parallel zu dieser Entwicklung hat die Erfassung und Bewertung von derzeit insgesamt 14 zentralen Lagen im Herbst 2000 begonnen.

Space Park – Premiere für Deutschland

Auf dem ehemaligen Gelände der AG Weser hat im Juni 2000 mit dem ersten Spatenstich die Realisierung des Space Parks begonnen – des ersten integrierten Entertainment- und Shopping-Centers in Deutschland. Von den Gesamtinvestitionen von 980 Millionen Mark werden rund 700 Millionen privatwirtschaftlich finanziert. Allein 200 Millionen Mark aus öffentlicher Finanzierung fließen in die Infrastruktur. Die Fertigstellung dieses Großprojekts, das zur Stärkung der oberzentralen Funktion Bremens beitragen wird und auch positiv auf das niedersächsische Umland ausstrahlen wird, ist für Herbst 2002 vorgesehen. Bis dahin wird das 260.000 Quadratmeter große Areal eine der größten Baustellen Nordwestdeutschlands darstellen.

Die Bremer Wertpapierbörse

Die Bremer Wertpapierbörse AG als Betriebsgesellschaft der Wertpapierbörse und diverser Tochtergesellschaften hat im Jahr 2000 weiter expandiert und diversifiziert. Die Erwartungen für das ganze Wirtschaftsjahr 2000 sind äußerst positiv, so dass an das bisher erfolgreichste Wirtschaftsjahr 1999 unmittelbar angeknüpft werden kann.

Damit ist es der Bremer Wertpapierbörse AG innerhalb von nur zwei Jahren gelungen, sich erfolgreich umzustrukturieren und als professionelles Finanzdienstleistungsunternehmen im Markt neu zu positionieren. Ein Meilenstein auf diesem Weg zur Komplementierung ist in Hinblick auf die Konkurrenz die Zulassung der BWB Wertpapierdienstleistung GmbH als Wertpapierhandelsbank mit der damit verbundenen Berechtigung zur Übernahmeplatzierung Ende 1999.

Die Handelskammer Bremen unterstützt diesen Weg nachhaltig, insbesondere den beschrittenen Weg des Ausbaus der Komplementärfunktion zur Frankfurter Börse. Das abgeschlossene Wirtschaftsjahr 2000 hat bestätigt, dass sich im internationalen Aufbau befindliche elektronische Handelssysteme beispielsweise nicht für das Retailgeschäft mit privaten Anlegern eignen.

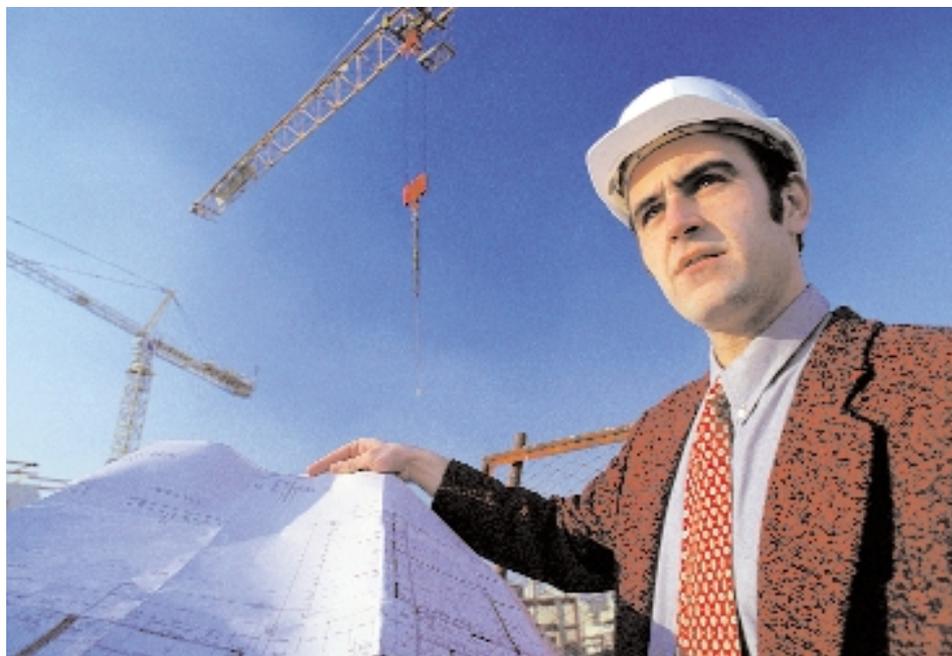
Der Umzug der Gesellschaften an die Peripherie der City dokumentiert deutlich den äußeren Wandel vom Präsenzhandel zum EDV-gestützten Handel mit Skontroführern und damit das strategische Ziel der Ergänzung zum institutionellen Handel und global playing der Frankfurter Börse.

Sachverständige – Service erweitert

Am 14. Juli 1999 wurde der Handelskammer die Zuständigkeit für die öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen übertragen. Sie hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen glaubhaft sind. Die Arbeit der Sachverständigen umfasst die Erstattung von Gutachten sowie andere Sachverständigentätigkeiten wie Beratungen, Überwachungen, Überprüfungen sowie schiedsgerichtliche Tätigkeiten.

Die Handelskammer hat im Jahr 2000 Sachverständige in den Bereichen Beton- und Stahlbetonhochbau/Mauerwerksbau, Bewertung bebauter und unbebauter Grundstücke, Kraftfahrzeugschäden und -bewertung, Materialkunde/Textilprüfung und vorbeugender Brandschutz sowie einen Schiffseichaufnehmer öffentlich bestellt und vereidigt.

Eine besondere Servicestärke der Handelskammer: Sie ist zur Zeit für 162 Sachverständige auf fast 60 Sachgebieten zuständig.

**Wettbewerbsrecht**

Die Handelskammer hat sich auch im Jahr 2000 stark auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts engagiert. Neben der Prüfung von Räumungsverkaufsanzeigen im Einzelhandel und notwendigen Abmahnungen von Wettbewerbsverstößen stand die Beratung der Mitglieder in den Verästelungen des Deutschen Wettbewerbsrechts im Vordergrund. Gerade die zu erwartende Liberalisierung des Rabatt- und Zugaberechts vor dem Hintergrund der Entwicklungen im elektronischen Geschäftsverkehr haben einen besonderen Beratungsbedarf verursacht.

Die Einigungsstelle zur Beilegung von Streitigkeiten auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts wurde mit 13 Verfahren im gleichen Umfang wie in den vergangenen Jahren von den Mitgliedern in Anspruch genommen.

Die Kammer hat im Jahr 2000 eine Reihe neuer Sachverständiger öffentlich bestellt und vereidigt.

Mineralölbesteuerung / Öko-Steuer

Das deutsche Transportgewerbe steht mit dem Rücken zur Wand. Nach dem In-Kraft-Treten der ersten Stufe der Ökosteuern und verstärkt durch die insgesamt sehr stark gestiegenen Kraftstoffpreise zeigt sich, dass für die Unternehmen die Situation unerträglich geworden ist. Weitere Kostensteigerungen können auf Grund der schwierigen Marktlage kaum an die Kunden weitergereicht werden. Die Handelskammer tritt daher über den Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) massiv dafür ein, dass zumindest die nächste Stufe der Ökosteuern ausgesetzt wird. Weitere Belastungen sind ohne entsprechende Kompensationen für das Transportgewerbe nicht tragbar, dies gilt auch für die geplante LKW-Maut.

Für die energieintensiven Seehafenbetriebe stellt das hohe deutsche Mineralölsteuerniveau ebenfalls einen erheblichen Wettbewerbsnachteil dar, zumal die Umschlagsunternehmen in den belgischen und niederländischen Häfen von der dortigen Mineralölsteuer befreit sind. Durch die mit der Ökosteuern verbundene Erhöhung der Mineralölsteuer wird sich dieses Problem in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen. Die Handelskammer ist daher bestrebt, eine Gleichstellung der Seehafenumschlagunternehmen mit anderen energieintensiven Branchen und damit eine Freistellung von der Ökosteuern zu erreichen.



BremenPorts Management + Services

Die Koalitionsvereinbarung von 1999 sieht die Schaffung einer Port Authority vor, die wesentliche Aufgaben der Hafenverwaltung effizienter und schlagkräftiger als bisher wahrnehmen soll. Geplant ist die Bremen-Ports Management + Services als GmbH, wobei die Bremische Hafenvertretung e.V. eng einzubinden ist. Die Handelskammer begrüßt diese beabsichtigte Neustrukturierung der Hafenverwaltung. Nach ihrer Auffassung ist die erforderliche Wirtschaftsnähe durch eine maßgebliche Einbeziehung von Wirtschaftsvertretern in den Aufsichtsgremien der Gesellschaft zu gewährleisten. Die Handelskammer spricht sich darüber hinaus dafür aus, dass in dem für den Hafen zuständigen Senatsressort auch in Zukunft fachliche Kompetenz für strategische Fragen vorhanden bleibt.

Ausbau der weiträumigen Verkehrsinfrastruktur/Hinterlandanbindung

Für den Wirtschaftsstandort Bremen und für die Wettbewerbsposition der bremischen Häfen ist die weiträumige Verkehrsinfrastruktur von herausragender Bedeutung. Die Handelskammer setzt sich daher entschieden für den Ausbau dieser Verkehrswege ein. Im Jahr 2000 hat die Handelskammer einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf die „Y-Strecke“ (zusätzliche Hochgeschwindigkeitsverbindung Hamburg/Bremen – Hannover) gelegt.

Im Bereich der Straßeninfrastruktur fasste sich die Handelskammer insbesondere mit dem dreispurigen Ausbau der A 27 im Bereich Bremen sowie der Erweiterung der A 1 auf drei bzw. in Bremen auf vier Fahrstreifen. Auch die Verbesserung der Binnenwasserstraßenanbindung wurde aufgegriffen. Hier ist gleichzeitig mit dem Ausbau der Mittelweser für das Großmotorgüterschiff auch die Erneuerung der Schleusenbauwerke vorgesehen. Die Handelskammer hat in diesem Zusammenhang die vorgesehene Dimensionierung der Schleusen auf 115 Meter Länge als völlig unzureichend kritisiert, da auf Grund des vorgesehenen Einsatzes von 135 Meter langen Schubverbänden im Containerverkehr und der auf der Mittelweser erforderlichen Konvoibildung hiermit ein neuer Engpass geschaffen würde.

Stellungnahmen der Handelskammer Bremen (Auswahl)

- Umstrukturierung der alten Hafenreviere
(Staatsrat Prof. Dr. Reinhard Hoffmann, Senatskanzlei)
- Verbringung von Fischmehl in Lager-/Schleppkähnen innerhalb der Hafengruppe Bremen-Stadt
(Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen)
- Umstrukturierung der alten Handelshäfen rechts der Weser
(Die Bürgermeister Dr. Henning Scherf und Hartmut Perschau, Senatorin Christine Wischer und Senator Josef Hattig)
- Gründung einer Port Authority
(Der Senator für Wirtschaft und Häfen)
- Bauvorhaben Bürgermeister-Smidt-Straße
(Amt für Straßen und Verkehr)
- Schienenhochgeschwindigkeitsverbindung Hamburg/Bremen – Hannover (Y-Trasse)
(Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen – gemeinsames Schreiben der Handelskammern Hamburg und Bremen)
- Aufhebung des Zollfreigebietes rechts der Weser
(Der Senator für Wirtschaft und Häfen)
- Ausbau der Autobahn A 1
(Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen – gemeinsames Schreiben der Handelskammern Hamburg und Bremen)
- Nachtfahrverbot in der Turnerstraße
(Amt für Straßen und Verkehr)
- Entwicklungskonzeption für die Hafenreviere rechts der Weser
(Die Bürgermeister Dr. Henning Scherf und Hartmut Perschau, Senatorin Christine Wischer und Senator Josef Hattig)

Hafeninfrastruktur

Das außerordentlich dynamische Wachstum des Containerverkehrs hat die besondere Dringlichkeit des weiteren Ausbaus der Containerumschlagskapazitäten verdeutlicht. Die Handelskammer hat sich daher entschieden dafür eingesetzt, die Realisierung der Ausbaustufen CT IIIa und CT IV zu forcieren, damit die Bremischen Häfen weiter an der positiven Entwicklung der Weltcontainerschifffahrt partizipieren können. Nunmehr ist geplant, nach der geplanten Fertigstellung der Kajenverlängerung um 340 Meter (CT IIIa) im Jahr 2003 den weiteren Ausbau der Stromkaje um 860 Meter mit zwei zusätzlichen Liegeplätzen für Großcontainerschiffe und einem Liegeplatz für Feederschiffe bereits im Jahr 2005 – fünf Jahre früher als ur-

sprünglich geplant – fertigzustellen. In diesem Zusammenhang fordert die Handelskammer, auf die Meldung des Weddewarden Vordeichs als Naturschutzfläche im Land Bremen gemäß FFH-Richtlinie zu verzichten.

Für die Hafengruppe Bremen hält die Handelskammer insbesondere eine bessere Erreichbarkeit der Industriehäfen für erforderlich. Hierzu wird die Industriehafenschleuse in Bremen-Oslebshausen vertieft. Durch das vergrößerte Tidefenster können zukünftig pro Hochwasser vier PANMAX-Schiffe statt bisher nur ein Schiff geschleust werden. Mit der Fertigstellung ist Ende 2001 zu rechnen, der Schleusenbetrieb soll während der Bauzeit ohne wesentliche Einschränkungen aufrechterhalten werden.



Die Containerterminals CT IIIa und CT IV müssen zügig ausgebaut werden, damit die Bremischen Häfen weiter an der positiven Entwicklung der Weltcontainerschifffahrt partizipieren können.

Lotskosten

Nach ständigen Erhöhungen sind die Lotskosten mittlerweile zu dem bestimmenden Kostenfaktor beim Anlauf der deutschen Seehäfen geworden. Sie betragen heute bis zu 40 Prozent der umschlagsunabhängigen Hafenkosten. Im Rahmen einer konzertierten Aktion des DIHT, des Verbandes Deutscher Reederei, des Zentralverbandes Deutscher Schiffsmakler e.V. sowie des Zentralverbandes der Deutschen Seehafenbetriebe e.V. setzt sich die Handelskammer für eine nachhaltige Produktivitätssteigerung der Seelotsen und damit für eine spürbare Kostenentlastung für die deutschen Hafenstandorte ein.



Die Industriehäfen in Bremen müssen besser erreichbar sein. Einen wichtigen Beitrag hierzu stellt die Vertiefung der Industriehafenschleuse in Oslebshausen dar.

Schulungen, Fortbildungen und Prüfungen

Die Handelskammer übernimmt auf Grund verschiedener Rechtsverordnungen hoheitliche Aufgaben im Verkehrsbereich. Unter anderem ist sie zuständig für die Durchführung, Überwachung und Anerkennung der Schulung, Fortbildung und Prüfung der Gefahrgutfahrer und Gefahrgutbeauftragten sowie die Ausstellung der ADR-Bescheinigungen („Gefahrgutführerscheine“) und der EG-/Schulungsnachweise des Gefahrgutbeauftragten.

Insgesamt wurde im Jahr 2000 circa 650 Fahrern und rund 130 Gefahrgutbeauftragten die vorgeschriebene Fachkenntnis im Umgang mit gefährlichen Gütern bescheinigt. Die Handelskammer ist darüber hinaus mit der Abwicklung der Prüfungen für angehende Unternehmer im Güterkraftverkehr und Personenverkehr betraut. Insgesamt nahmen im Berichtsjahr 110 Personen an diesen Prüfungen teil.

Gemeinsame Landesplanung Bremen/ Niedersachsen (GLP)

Die GLP stellte bei ihrem Regionalkongress am 22. September 2000 mit fast 400 Teilnehmern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft der Länder, Städte und Kommunen eine Zwischenbilanz ihrer bisherigen Tätigkeit vor und gab gleichzeitig einen Ausblick auf zukünftige Handlungsfelder. Von den 210 Projekten aus den Bereichen Kooperation in der räumlichen Planung, Öffentlicher Personennahverkehr, Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik sowie Tourismus, die auf einen Zeitraum zwischen 10 bis 15 Jahre ausgelegt wurden, sind in den vergangenen vier Jahren etwa 50 Prozent begonnen oder umgesetzt worden. Die Handelskammer arbeitet aktiv im ständigen Arbeitskreis Wirtschaft der GLP mit und vertritt dort die Interessen der bremischen Wirtschaft unter anderem in Bezug auf die Förderung von Projekten durch den Aufbaufonds der GLP.



In der Neuen Hanse Interregio (NHI), einem grenzüberschreitenden Kooperationsverbund auf staatlicher Ebene, arbeiten seit 1991 die deutschen Bundesländer Bremen und Niedersachsen sowie die nordniederländischen Provinzen Groningen, Drenthe, Fryslân und Overijssel zusammen. Auch die Wirtschaftskammern und andere Nichtregierungsorganisationen nutzen diese Kooperation für den grenzüberschreitenden Austausch. Im Gebiet der Hanse leben rund elf Millionen Menschen. Die NHI versteht sich als Ergänzung zu den Zusammenschlüssen Ems-Dollart-Region (EDR) und Euregio.

Neue Hanse Interregio (NHI)

Die NHI arbeitet als Kooperationsverbund auf staatlicher Ebene zwischen den Bundesländern Bremen und Niedersachsen sowie den nordniederländischen Provinzen Groningen, Drenthe, Fryslân und Overijssel für die Stärkung der Wirtschaft und der Infrastruktur sowie für eine aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dieser Region über Ländergrenzen hinweg. Die Handelskammer ist hier aktives Mitglied der Arbeitsgruppe Wirtschaft und außerdem der Ad-hoc Arbeitsgruppe „Bestandsaufnahme räumlich-wirtschaftlich relevanter Planung im NHI-Gebiet“. Besonders wichtige Themen des letzten Jahres waren hier das Voranbringen des Lückenschlusses A 31, die Diskussion um die Magnetschwebebahn/Transrapid sowie der Aufbau einer Wirtschaftsdatenbank für das NHI-Gebiet.



Großprojekt Space Park: Auf Drängen der Handelskammer werden die Wirtschafts- und Hafenerverkehre weitgehend von den Besucherverkehren getrennt.



Das Jahrhundertbauwerk: der Hemelinger Tunnel

Verkehrsinfrastruktur innerhalb Bremens

Planung • Im Jahr 2000 haben wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte planerische Konturen erhalten. Da die Handelskammer stets frühzeitig in den Planungsprozess eingebunden wurde, konnten unter anderem bei der Erschließung der Alten Hafenviertel rechts der Weser und der Anbindung des Space Parks frühzeitig die Interessen der Bremer Wirtschaft in die Konzepte einfließen. So hat sich die Kammer im Fall der Freihafenrestrukturierung vor dem Hintergrund des im Zuge der Belebung des Gebietes zu erwartenden steigenden Verkehrsaufkommens für leistungsfähige Erschließungsmaßnahmen eingesetzt. Auch beim Space Park hat die Kammer darauf gedrängt, einen Großteil der öffentlichen Gelder frühzeitig in die für eine sinnvolle Anbindung des Großprojektes dringend benötigte Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Die Planungen berücksichtigen nunmehr auch die weitgehende Trennung der Wirtschafts- und Hafenverkehre von den Besucherverkehren des Space Parks.

Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse am Bremer Kreuz wurde im Sommer 2000 das gemeinsam von Bremen sowie den Umlandgemeinden Achim und Oyten in Auftrag gegebene Gutachten vorgelegt. Dieses sieht ein Maßnahmenbündel vor, das geeignet ist, die zunehmenden Behinderungen des Wirtschaftsverkehrs am Bremer Kreuz zu lösen. Darüber hinaus schlägt das Bauressort die direkte Anbindung des Gewerbegebietes Bremer Kreuz mit dem Gewerbegebiet Hansalinie an die A 1 vor. Die Handelskammer fordert die unverzügliche Umsetzung dieses gesamten Maßnahmenbündels.

Weiterhin wurden im Jahr 2000 die Planungen für weitere Bauabschnitte der Autobahn A 281, das für Bremen wichtigste Straßenbauprojekt der nächsten Jahre, entscheidend vorangebracht. Flughafen mit Airport-Stadt, GVZ und Neustädter Hafen erhalten damit chancenreiche Entwicklungsmöglichkeiten. Das stete Drängen der Kammer auf Fortschritt und Optimierung der Planungen hat zu diesem Erfolg beigetragen und belässt den Gedanken eines geschlossenen Autobahnringes auf der Tagesordnung. Im Falle der dafür notwendigen Weserquerung hat sich der Verkehrsausschuss der Handelskammer daher auch für die Prüfung einer etwaigen privaten Vorfinanzierung mit späterer Mauterhebung ausgesprochen.

Bauphase • Seit April 1999 wird mit Hochdruck am Hemelinger Tunnel gebaut. Mit der geplanten Fertigstellung im Jahr 2003 wird diese neue leistungsfähige Verbindung, die die von der Handelskammer stets geforderte Vierspurigkeit aufweisen wird, nicht nur eine Vielzahl der Wirtschaftsverkehre von und zum Autobahnzubringer Hemelingen aufnehmen können, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung des gesamten Stadtteiles leisten.

Zügig voran kommt seit Mitte 1999 auch der Bau der Georg-Bitter-Straße, die im Ortsteil Hastedt zwischen Hastedter Brückenstraße und Bismarckstraße/Stresemannstraße zu einer neuen Verkehrsqualität führen wird. Der Forderung der Handelskammer nach einer möglichst kurzen Bauzeit wird mit der von den Behörden anvisierten Fertigstellung sämtlicher Bauabschnitte bis hin zum Kreuzungsbereich Hastedter Brückenstraße/Osterdeich bereits im Spätsommer 2001 voraussichtlich entsprochen.

Des Weiteren entsteht derzeit in der Hemelinger Marsch der Gewerbepark Hansalinie. Inzwischen wurde ein Großteil der in der ersten Baustufe verfügbaren Fläche von 50 Hektar an Unternehmen der Kfz-Zulieferbranche, des Großhandels, des Dienstleistungssektors sowie des Maschinenbaus vergeben. Mit dem Ausbau der Autobahnauffahrt zu einem leistungsfähigen Vollknoten (Kleeblatt) sieht die Handelskammer alle Voraussetzungen für die Schaffung weiterer attraktiver Gewerbeflächen durch die weitere Erschließung der reservierten Planungsflächen gegeben. Insgesamt fordert die Handelskammer, die einzelnen Baumaßnahmen so zu koordinieren, dass sie für Wirtschaft, Anwohner und Besucher verträglich sind.

Fertiggestellte Maßnahmen • Im Juni 2000 wurde die Umgestaltung der Martinistraße nach einer Bauzeit von nur zehn Monaten abgeschlossen. Das auch optisch ansprechende Ergebnis berücksichtigt die zentralen Forderungen der Handelskammer nach zwei Fahrspuren je Fahrtrichtung sowie der Aufrechterhaltung der Option einer späteren Verlegung der Straßenbahn von der Oberstraße in die Martinistraße.

Daneben konnten die Verkehrsteilnehmer aus und in Richtung Bremen-Nord im Sommer 2000 die Vollendung des Umbaus des ehemaligen Ihlpohler Kreisels hin zu Bremens kompliziertester Ampelkreuzung erleben. Beinahe 60.000 Fahrzeuge täglich werden nunmehr von 30 Lichtzeichenanlagen durch dieses Nadelöhr geleitet. Die Handelskammer hat sich stets für eine leistungsfähige Verkehrsanbindung in diesem Gebiet eingesetzt und besonders die Planungen zum Umbau des Kreisels kritisch begleitet. Die ersten Erfahrungen mit der geschaffenen Ampelkreuzung belegen, dass sowohl die anvisierte Reduzierung der Unfallzahlen als auch die angestrebte Verbesserung des Verkehrsflusses erreicht wurden.



Die Planungen für weitere Bauabschnitte der A 281, des für Bremen wichtigsten Straßenbauprojektes der nächsten Jahre, sind entscheidend vorangekommen: Flughafen mit Airport-Stadt, GVZ und Neustädter Hafen erhalten damit chancenreiche Entwicklungsmöglichkeiten.

Ausbildungsplätze 2000

Das Engagement der Betriebe und Aktionen der Handelskammer waren auch im Jahr 2000 erfolgreich – der Zuwachs von 6,1 Prozent an betrieblichen Ausbildungsverträgen liegt über dem Bundesdurchschnitt. Die Verträge aus dem Sonderprogramm der Bundesregierung sind erfreulicherweise zurückgegangen.

In einigen Branchen konnten freie Stellen nicht mehr besetzt werden, wie zum Beispiel im Hotel- und Gaststättengewerbe und in einigen Metallberufen. Insgesamt zeichnet sich langsam ein Rückgang der Bewerber ab, was an den geringeren Schulabgängerzahlen liegt.

Die Entwicklung zeigt, dass Unternehmen und Jugendlichen die betriebliche Ausbildung weiterhin schmackhaft gemacht werden muss. Dies gelingt am besten durch einen weiteren Modernisierungsschub, durch zusätzliche neue Berufe entsprechend den Anforderungen der Wirtschaft, durch mehr Flexibilität in der Berufsausbildung, durch Sicherung der Qualität der Ausbildung, insbesondere auch auf dem Sektor der Informations- und Kommunikationstechniken und durch Sicherstellung der Ausbildungsreife der Jugendlichen. Einen Beitrag hierzu leisteten auch die vielfachen Maßnahmen der Handelskammer zur Anwerbung von Ausbildungsplätzen, die Informationsmessen und Broschüren, Beratungen von Experten vor Ort, die Verbundausbildung in der Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt, Radio Bremen, Ortsämtern und insbesondere der Schulverwaltung.

Den Ausbildungsplätzen hinzugerechnet werden müssen 46 neue Plätze in der bewährten Bremer Akademie der Wirtschaft, die nach wie vor einen hohen Stellenwert vornehmlich für mittelständische Unternehmen hat.

In Bremen gab es im Jahr 2000 mehr betriebliche Ausbildungsverträge als im Bundesdurchschnitt.

Berufsschulen auf Modernisierungskurs – Zusammenarbeit mit Betrieben erforderlich

Die Wirtschaft braucht das Bündnis und die Kooperation mit den Berufsschulen. Deshalb müssen Erfahrungen und Lernen am Arbeitsplatz und in der Schule noch mehr zusammengebracht werden. Die Berufsschulen sind für die Leistungsfähigkeit im dualen System von erheblicher Bedeutung. Sie müssen sich, wie die Betriebe, den sich rasch wandelnden Anforderungen in Technik und Wirtschaft stellen, die in den neuen und novellierten Berufsbildern zum Ausdruck kommen. Dazu ist es notwendig, dass sie wie ein modernes Dienstleistungsunternehmen geführt werden. Gestaltungsfreiräume sind in finanzieller, personeller und inhaltlicher Hinsicht nötig, um ihre Aufgaben in der Region verantwortlich erfüllen zu können.

Die Leistungsfähigkeit und Flexibilität der Berufsschulen hat auch Einfluss auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Wenn Berufsschulen entsprechend dem Trend im allgemeinbildenden Schulwesen zu mehr Autonomie, Profilierung und Wettbewerb größere Freiräume erhalten, können sie flexibel auf den wachsenden Differenzierungsbedarf reagieren und ihre Leistungspalette bedarfsgerecht ausbauen. Wichtig ist auch ein nach Berufen oder Berufsgruppen differenziertes schulisches Angebot, auch beim Fachunterricht.

Vor allem bei Abiturienten sollte der allgemeinbildende Unterricht eingeschränkt werden. Leistungsstarke Auszubildende brauchen ergänzende oder vertiefende berufsbezogene Unterrichtsangebote. Von zentraler Bedeutung für die Qualität des Berufsschulunterrichts ist die Fachqualifikation der Berufsschullehrer. Eine verpflichtende Teilnahme zur Fortbildung, verbunden mit Anreizen und Karriereplanungen, ist erforderlich.

Reform der dualen Ausbildung vorantreiben

Der weltweite Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft wird sich fortsetzen. In der Berufsausbildung sind sowohl neue Berufsbilder für neue wachsende Dienstleistungsbranchen, als auch die Modernisierung bestehender Berufsbilder unter Dienstleistungsaspekten notwendig. Ausbildungsabläufe und -gestaltung müssen sich verstärkt auf Dienstleistungs- und Kundenorientierung ausrichten. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung ist voranzutreiben, um Qualität und Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung zu sichern.

Mangelnde Ausbildungsreife ist ein Grund dafür, dass Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben und Jugendliche ihre Ausbildungsverträge teilweise rasch wieder lösen. Wenn Betriebe und Berufsschulen Reparaturarbeiten für die allgemeinbildenden Schulen übernehmen, geht dies zu Lasten ihrer eigentlichen Aufgaben und der Ausbildungsqualität. Die Wirtschaft fordert daher, den Kulturtechniken wieder stärkere Bedeutung im Unterricht zu geben, damit die Ausbildungsvoraussetzungen der Jugendlichen verbessert werden. Die Erziehung zur Leistungsbereitschaft, zu Durchhaltevermögen, Konzentrationsfähigkeit und sozialem Verhalten sind notwendig. Darüber hinaus müssen die Schulen verstärkt Grundkompetenzen in Informationstechniken und neuen Medien vermitteln.

Ein erheblicher Anteil von Jugendlichen bleibt nach der allgemeinen Schulpflicht ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Angesichts weiter rückläufiger Beschäftigungsmöglichkeiten für Ungelernte wächst die Bedeutung eines Ausbildungsabschlusses als Voraussetzung für eine Berufstätigkeit. Die Integration dieser Jugendlichen in die Berufsausbildung ist deshalb eine besondere gesellschaftspolitische Herausforderung.

Es muss daher darauf geachtet werden, dass für Jugendliche, die vor allem praxisbezogen lernen, mehr anforderungsgerechte Profile zur Verfügung stehen. Dazu müssen verstärkt gestufte Konzepte genutzt oder geschaffen werden, die in differenzierter Form Chancen und berufsfähige Abschlüsse mit Arbeitsmarktverwertbarkeit bieten. Zweijährige Berufsausbildungsgänge wären ebenfalls eine große Hilfe für viele Jugendliche.

Weiterbildung ausbauen und nutzen

Bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben hat die berufliche Weiterbildung eine Schlüsselfunktion. Technische und wirtschaftliche Veränderungen wie auch zunehmende Internationalisierung der Geschäftsbeziehungen erfordern flexible Anpassung und kontinuierliche Weiterentwicklung beruflicher Qualifikation in allen Bereichen. Für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, wie für die Lebenschancen des Einzelnen, gewinnt die berufliche Weiterbildung eine immer größere Bedeutung. Der Motivation zur Weiterbildung und lebenslangem begleitenden Lernen muss sich die Gesellschaft und die Wirtschaft gleichermaßen annehmen.

Im Mittelpunkt dieser Aufgabe der Handelskammer standen im Jahr 2000 Information, Beratung und Werbung für die berufliche Weiterbildung. Dabei kam es darauf an, dem Einzelnen deutlich zu machen, dass Weiterbildung auch aus persönlicher Sicht eine Investition in die Zukunft bedeutet.

Um den veränderten Qualifikationsanforderungen der Unternehmen und der Sicherung des beruflichen Fortkommens der Mitarbeiter gerecht zu werden, wurden zahlreiche Weiterbildungsprofile mit IHK-Prüfungen weiter entwickelt. Die Handelskammer hat auch im Jahr 2000 viele Weiterbildungsprüfungen abgenommen, die den zukünftigen Branchenbedürfnissen entsprechen. Rund 800 Prüflinge wurden in Weiter- und Fortbildungsprüfungen auf neue Positionen vorbereitet.

Die Wirtschaft fordert mit Nachdruck, dass die flexiblen und offenen Strukturen der beruflichen Weiterbildung nicht angetastet werden. Staatliche Regulierungen wären kontraproduktiv und machen die berufliche Weiterbildung weniger flexibel und effizient.

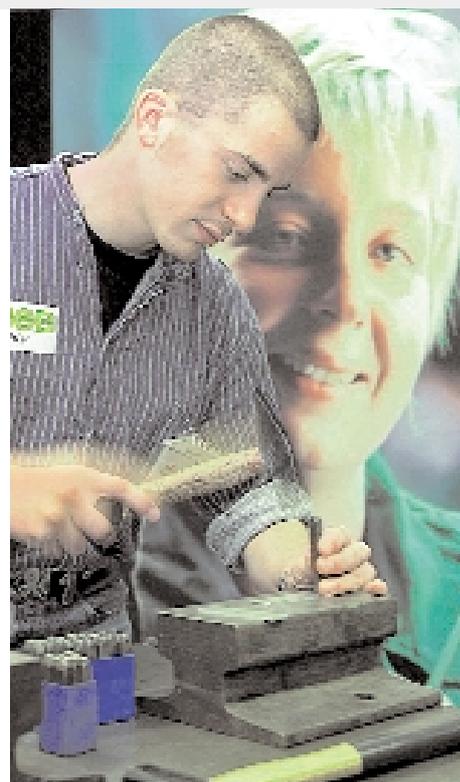
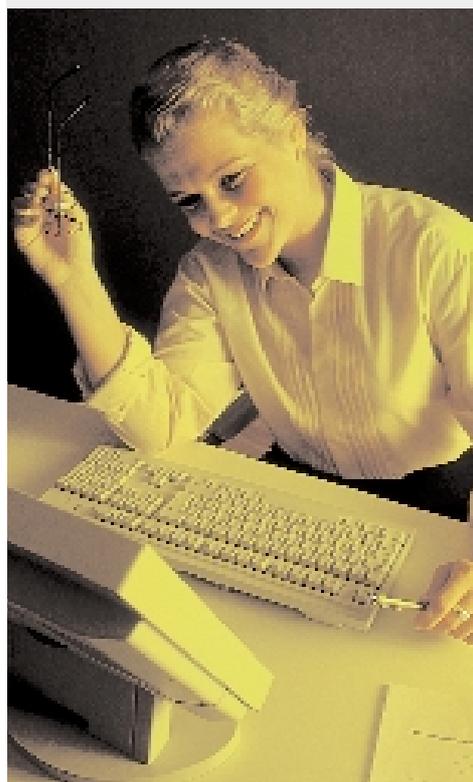
Die Handelskammer hat zahlreiche Weiterbildungsprofile mit IHK-Prüfungen weiterentwickelt. Rund 800 Prüflinge wurden im Verlauf des Jahres in Weiter- und Fortbildungsprüfungen auf neue Positionen vorbereitet.

Bündnis für Arbeit und Ausbildung

Die intensiven Verhandlungen zwischen den Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und dem Senat im „Bündnis für Arbeit“ zur Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in Bremen sind auch im Jahr 2000 fortgesetzt worden. Schwerpunkte lagen darin, Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zu ergreifen.



Auf Informationsmessen und Ausbildungsbörsen hat die Handelskammer Bremen im Jahr 2000 ihr Engagement im Ausbildungsbereich untermauert. Vizepräsident Dr. Patrick Wendisch (Bild oben) eröffnete in der Bürgerschaft die Börse „Bremen startet durch“. Bereits zum achten Mal fand im Jahr 2000 die Berufsorientierungsbörse (Bild unten) statt.



Im Dienst der Kunden: Das Service-Center der Handelskammer Bremen

Dienstleistungen für die bremische Wirtschaft stehen seit jeher im Mittelpunkt der Arbeit der Handelskammer. Mit dem Service-Center, eröffnet im April 1999, wurde das Beratungs- und Informationsangebot der Handelskammer optimiert und der Mitgliederservice deutlich gesteigert.

Besuchern des Service-Centers wird qualifiziert, kundenorientiert und unbürokratisch geholfen, wobei das Aufgabenspektrum von Informationen zur Aus- und Weiterbildung über die Firmenrecherche bis hin zur Erstberatung für Existenzgründer reicht. Darüber hinaus werden dort Ursprungszeugnisse ausgestellt, Carnets bearbeitet und Messekarten verkauft. An einem Infoterminal können außerdem viele Informationen auch online abgerufen werden, beispielsweise Ausbildungsplatzangebote und Daten der Recycling-, Kooperations-, Technologie- und Nachfolgebörse.

Täglich nutzen 60 bis 80 Kunden die Möglichkeit, ohne lange Wege durch das Haus direkt und kompetent durch das Mitarbeiter-Team beraten zu werden. Auf diese Weise bietet das Service-Center den rund 28.000 Mitgliedsunternehmen eine kundenfreundliche Anlaufstelle für ein breites Spektrum an Informationen.



Kundenfreundliche Anlaufstelle für die rund 28.000 Mitgliedsunternehmen der Handelskammer. Täglich nutzen rund 60 bis 80 Kunden das Service-Center.

Archiv der Handelskammer Bremen

Das Archiv der Handelskammer Bremen wird seit dem 15. Jahrhundert geführt und stellt mit seinen umfangreichen Beständen an Urkunden, Akten, Plänen, Bildern und Fotos zur bremischen Geschichte und Wirtschaftsgeschichte sowohl ein regionales als auch ein überregional bedeutendes Wirtschaftsarchiv dar.

Neben Unterlagen zur Organisation des Collegium Seniorum bzw. der Handelskammer, zum Handel, zur Industrie und zum Verkehrswesen befinden sich dort auch wichtige genealogische Dokumente zur Auswanderung.

Mehrere hundert Interessenten ließen sich im Jahr 2000 beraten und informieren. Sie erhielten Unterstützung bei Recherchen im Bestand und bei der Anfertigung von Ausarbeitungen.

Fünf interessante Stücke aus den Beständen des Handelskammer-Archivs haben im Jahr 2000 den Weg aus Georgien nach Bremen gefunden: Die vier „Kalender“ und das Rechnungsbuch aus dem 17. und 18. Jahrhundert galten bis vor kurzem als verschollen. Sie waren im Archiv- und Bibliotheksgut aufgetaucht, das von Georgien an Bremen zurückgegeben worden war.

Handelskammer-Bibliothek: Kundenservice durch Beratung und Information

Die Bibliothek der Handelskammer steht mit ihren Beständen den Mitgliedsfirmen und Interessierten gebührenfrei zur Verfügung. In ihrem Bestand befinden sich rund 50.000 Bände, circa 200 laufende Zeitschriften und Amtsblätter sowie 19 laufende Zeitungen. Neben Büchern der Gebiete Wirtschaft, Recht, Politik, Finanzen, Steuern, Bildung, Berufsbildung, Verkehr, Gesellschaft und Geschichte sind dort auch einschlägige Werke zur Seefahrt sowie Bremensien, Firmenfestschriften, Jahresberichte, Drucksachen, Messekataloge, Firmen- und Branchenadressbücher und Auslandsinformationen zu finden.

Umfangreicher Kundenservice wird hierbei durch Beratung bei der Recherche im Bestand und der Information über Wirtschaftsadressen, Warenzeichen und Bestandsinhalte geboten.

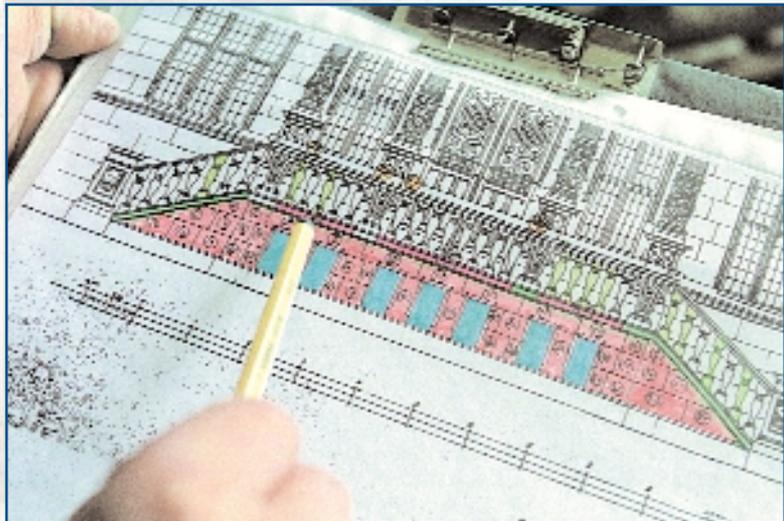
Mehr als 4.200 Anfragen und zahlreiche Besucher im Jahr 2000 spiegeln wider, dass die Bibliothek ein wichtiger Bestandteil des Dienstleistungsangebotes der Handelskammer ist.



Leistungsbilanzen Bremen

Firmenauskünfte

Information und Geschäftsanbahnung stellen wichtige Bereiche des Serviceangebotes der Kammer dar. Rund 8.500 Firmenauskünfte wurden im Jahr 2000 erteilt. Neben Fragen nach der Eintragung einer Firma stehen dabei vor allem auch Adressauskünfte im Mittelpunkt. Die Handelskammer bietet die Möglichkeit, aus den hauseigenen Datenbanken Anschriften zu recherchieren – je nach Wunsch sortiert nach Branche, Länderverbindungen, Betriebsgrößenklassen oder Postleitzahlen.



Im Frühjahr 2000 wurde die historische Schütting-Treppentreppe grundlegend saniert; dabei erhielt sie auch ein neues Fundament.

Veranstaltungen in der Handelskammer

In den Räumen der Handelskammer fanden im Jahr 2000 rund 1.000 Veranstaltungen, Seminare, Sitzungen und Workshops statt. Interessant für Fortbildungsveranstaltungen ist seit dem Neubau des Service-Centers ein zusätzlicher, modern ausgestatteter Seminarraum, der unmittelbar an das Service-Center anschließt.

Im September 2000 beteiligte sich die Handelskammer erstmals am bundesweiten „Tag des offenen Denkmals“. Rund 1.200 Besucher wurden durch die Räume des Hauses Schütting geführt. Auch an den nächsten Aktionen dieser Art wird sich die Handelskammer wieder beteiligen. Geöffnet werden die Türen für eine Besichtigung auch zum Jubiläum des Hauses Schütting am 2. und 3. Oktober 2001.

Stellungnahmen der Handelskammer Bremen (Auswahl)

- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge, Dienstleistungsaufträge und Bauaufträge (Deutscher Industrie- und Handelstag)
- Zukunft des Landesbreitbandnetzes (Senator für Wirtschaft und Häfen)
- Stellungnahmen der fachkundigen Stelle zur Tragfähigkeit der Existenzgründung nach § 57 Abs. 2 Nr. 2 SGB III (Arbeitsamt Bremen, KGG Bürgerschaftsbank Bremen GmbH)
- Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen an kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des Landesinvestitionsförderungsprogramms (LIP) (WFG Bremer Wirtschaftsförderung GmbH)
- Anträge auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen ABM (Arbeitsamt Bremen)
- Fachliche Stellungnahmen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Eigenkapitalhilfe gemäß den Richtlinien des Bundesministers für Wirtschaft (Deutsche Ausgleichsbank)
- Nachweis der Fachkunde bei öffentlichen Aufträgen (Hanseatisches Oberlandesgericht in Bremen, Vergabesenat, Senator für Bau und Umwelt, Vergabekammer Bremen)
- Strukturpapier zur Zukunft der lokalen Agenda 21 (Die Unternehmensverbände im Lande Bremen e. V., Senator für Bau und Umwelt, Agenda-Büro)
- Steuersenkungsgesetz (Unternehmenssteuerreform 2001) (Rechtsanwalt Dr. jur. Friedrich-Wilhelm Dopatka, 1. Vorsitzender AGS Bremen)
- Zwangspfand und Verpackungsabgabe (Senator für Bau und Umwelt, Senator für Wirtschaft und Häfen)
- Entwurf eines Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen in Bremen (Senator für Bau und Umwelt)
- Erlass einer Verordnung gemäß § 47 Bremisches Wassergesetz über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage Bremen-Vegesack (Senator für Bau und Umwelt)
- Agenda 21 (Präsident der Bremischen Bürgerschaft)
- Ortsgesetz zur Neuordnung der Abfallentsorgung der Stadtgemeinde Bremen und Änderung des Bremischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (Senator für Bau und Umwelt)
- VOC-Verordnung (Lösemittelverordnung) (Deutscher Industrie- und Handelstag)
- Umfrage zur Sonderabfall-Andienungs-/Überlassungspflicht in den Ländern (Deutscher Industrie- und Handelstag)
- Verordnungsentwurf über abfallrechtliche Nachweisbestimmungen (Deutscher Industrie- und Handelstag)
- Elektronikschrott-Richtlinie (Deutscher Industrie- und Handelstag)
- Umfrage zur Position der Bundesländer zur Verpackungsverordnungsentscheidung im Bundesrat (Deutscher Industrie- und Handelstag)
- Entwurf einer Verordnung über die Entsorgung von Altholz (Deutscher Industrie- und Handelstag)

Wirtschaftsjunioren Bremen zeigten Flagge

Unter dem Motto „Zukunft gestalten“ hat der Juniorenkreis der Handelskammer im Jahr 2000 ein umfangreiches Programm geboten. Schwerpunktthema war die Eigenständigkeit Bremens. So diskutierten die Junioren mit dem Finanz- und Wirtschaftssenator sowie dem Finanzexperten Matthias Stauch über das Thema Länderfinanzausgleich. Auf einer Veranstaltung mit den Fraktionsvorsitzenden der führenden Bremer Parteien hat der Juniorenkreis zum Stand der Regierungsaktivitäten Stellung bezogen.

Bildungssenator Willi Lemke konnte sich überzeugen, dass der Juniorenkreis seit Jahren durch konkrete Projekte Schülern und Lehrern das Thema Wirtschaft näher bringt. Auf einem EPEX-Seminar gab es für Existenzgründer konkrete Hilfen und vielfältige Informationen. In einem Assessment-Center konnten sich die Teilnehmer prüfen lassen, ob sie für den Schritt in die Selbstständigkeit geeignet und wie weit sie dafür qualifiziert sind. Auch im Jahr 2000 fand das Praktikantenprogramm statt: Für 15 Studenten aus Osteuropa vermittelte der Juniorenkreis Praktikumsplätze.

Ein Höhepunkt des Jahres war die Hanseraumkonferenz, bei der die Bremer Wirtschaftsjunioren Gastgeber waren. 500 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet konnten sich von der positiven Aufbruchstimmung in Bremen überzeugen. Ferner wurden gemeinsam mit den Hamburger Wirtschaftsjunioren verschiedene Aktionen veranstaltet, um die norddeutschen Häfen zu unterstützen.

Eine wichtige Rolle in der Arbeit des Juniorenkreises spielten kulturelle Themen. Veranstaltungen im Wagenfeld-Haus, in Kooperation mit der Kulturmanagement GmbH, sowie die Gründung eines Arbeitskreises Kultur-Wirtschaft manifestieren dies.



Kaminabend der Junioren mit Bürgermeister Scherf



Das Präsidium der Handelskammer Bremen

Bernd Hockemeyer, Präses
Dr. Walter Krawitz, Vizepräses
Walter Messerknecht, Vizepräses
Dr. Dirk Plump, Vizepräses
Jürgen Roggemann, Vizepräses
Dr. Patrick Wendisch, Vizepräses
Bernd-Artin Wessels, Vizepräses
Claus Wülfers, Vizepräses

Mitglieder des Plenums der Handelskammer Bremen

Dr. Manfred Ahlsdorff (Zech Industriebau GmbH)
Holger U. Birkigt (Biolabor zur Herstellung pharmazeutischer Erzeugnisse GmbH & Co. Kommanditgesellschaft)
Michael A. Bongartz (Bongartz Immobilien GmbH & Co. KG)
C. Andreas Bunnemann (HD Herm. Dauelsberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung)
Matthias Claussen (C. Melchers GmbH & Co.)
Jörg Conrad (Lexzau, Scharbau GmbH & Co.)
Heiner Dettmer (B. Dettmer Reederei GmbH & Co.)
Sven Dose (Photo Dose GmbH)
Harald Emigholz (Emigholz Runderneuerungswerk GmbH)
Berend Jürgen Erling (Bremer Rolandmühle Erling & Co. GmbH)
Dr. Peter Haßkamp (Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –)
Wolfgang van Hettinga (Siemens Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Bremen)
Bernd Hockemeyer – Präses – (Gebrüder Thiele GmbH & Co. Kommanditgesellschaft)
Heino Ilsemann (Heino Ilsemann Maschinenbau – GmbH & Co.)
Dr. Uwe Janssen (Bankhaus Neelmeyer Aktiengesellschaft)
Gerhard Jochum (swb AG)
Herbert Juniel (Reederei MARTINI GmbH)
Karsten Kieserling (Erich Kieserling GmbH & Co. Kommanditgesellschaft)
Josef Kind (Astrium GmbH)
Nils Koerber (KOERBER GmbH)
Herbert Korte (F. H. Harms GmbH)
Dr. Walter Krawitz – Vizepräses – (Norddeutsche Steingut Aktiengesellschaft)
Otto Lamotte (Henry Lamotte GmbH)
Peter Lürßen (Fr. Lürssen Werft [GmbH & Co.])
Walter Messerknecht – Vizepräses – (Diedrich Messerknecht [GmbH & Co.])
Götz-Michael Müller (Brauerei Beck GmbH & Co.)
Hasso G. Nauck (Bremer Chocolate-Fabrik HACHEZ GmbH & Co.)
Jürgen Oltmann (Die Sparkasse in Bremen)
Gerhard Pauls (Hotel Munte Am Stadtwald GmbH)
Lutz H. Peper (Willenbrock Fördertechnik GmbH & Co. KG)
Dr. Dirk Plump – Vizepräses – (W. Tiemann GmbH & Co.)
Jürgen Roggemann – Vizepräses – (Enno Roggemann GmbH & Co. KG)
Hans-Herbert Saacke (Saacke GmbH & Co. Kommanditgesellschaft)
Inge Sandstedt (Sandstedt GmbH & Co.)
Michael Schroiff (Unterweser Reederei GmbH)
Stefan Storch (Friedrich Henseler [GmbH & Co. KG])
Walter Thye (Gerhard Thye)
Wolfgang Vogt-Jordan (Albrecht, Müller-Pearse & Co. [GmbH & Co.])
Dr. Patrick Wendisch – Vizepräses – (Lampe & Schwartze KG)
Bernd-Artin Wessels – Vizepräses – (Scipio GmbH & Co.)
Claus Wülfers – Vizepräses – (Union Kühl-Schiffahrt GmbH)
R. Rüdiger Zitzlaff (Reinhold Zitzlaff)
Helmut Zorn (neuformhaus Helmut Zorn)

Ausschüsse und Kommissionen

Einzelhandelsausschuss • Vorsitzender: Helmut Zorn
Haushaltsausschuss • Vorsitzender: Präses Bernd Hockemeyer (Rechnungsführer: Vizepräses Dr. Walter Krawitz)
Kommission für den Jahresbericht • Vorsitzender: Präses Bernd Hockemeyer
Ausschuss für Kommunikation und Medien • Vorsitzender: Hermann Mende
Ausschuss für Stadtentwicklung und Regionalplanung • Vorsitzender: Michael A. Bongartz
Mittelstandsausschuss • Vorsitzender: Vizepräses Dr. Dirk Plump
Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen • Vorsitzender: Hans-Herbert Saacke
Außenwirtschaftsausschuss • Vorsitzender: Matthias Claussen
Ausschuss für Handel und Absatzwirtschaft • Vorsitzender: R. Rüdiger Zitzlaff
Sachverständigenausschuss • Vorsitzender: Dr. Hans Joachim Enge
Fachkreis Insolvenzfällen • Vorsitz wird von Fall zu Fall geregelt
Arbitrage-Kommission • Vorsitz wird von Fall zu Fall geregelt
Ausschuss für Volkswirtschaft • Vorsitzender: Berend Jürgen Erling
Verkehrsausschuss • Vorsitzender: Karsten Kieserling
Ausschuss für Hafenanliegenheiten • Vorsitzender: C. Andreas Bunnemann

Schwerpunkte Bremerhaven

Sail 2000: Großereignis für die Wirtschaftsförderung

Der Tourismus ist für Bremerhaven nicht nur ein wichtiger neuer Wirtschaftsfaktor, er kann sich auch als Impulsgeber für die Unternehmen in der Stadt erweisen. Das hat die Sail Bremerhaven 2000 vom 30. August bis 3. September 2000 gezeigt. Denn das Windjammer-Treffen mit seinen zwei Millionen Besuchern war auch ein Großereignis in Sachen Wirtschaftsförderung. Rund 15.000 Firmen-VIP's kamen nach Angaben der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (B.I.S.) zu Events und Veranstaltungen. Auch die Handelskammer Bremen hatte in Kooperation mit der IHK Bremerhaven mehr als 100 prominente Gäste aus Ehren- und Hauptamt auf das Schulschiff Deutschland eingeladen.

Insbesondere die Großsegler hatten es vielen Firmen als besondere Kulisse für ihre Empfänge angetan. Allein die Touristik-Abteilung der B.I.S. konnte so mehr als 50 Schiffe an Unternehmen verchartern. Zahlreiche weitere Segler wurden zudem direkt über die Schiffseigner und Agenturen vermarktet.

Die Sail 2000 war die Gelegenheit, den gesamten Wirtschaftsstandort Bremerhaven zu präsentieren. Um die maritim geprägten Möglichkeiten der Stadt zu erkennen, mussten sich die Geschäftsleute nicht einmal an Land begeben: Von den Decks der Großsegler aus sahen sie die Häfen, Schiffbau-Betriebe, das geplante touristische Zentrum und die City bis zu den wissenschaftlichen Highlights beispielsweise im Alfred-Wegener-Institut. Gleichzeitig war auf dem Veranstaltungsgelände zu erkennen, zu welchen organisatorischen Kraftakten die Seestadt in der Lage ist.



„Die Sail war eine einmalige Chance, den gesamten Wirtschaftsstandort Bremerhaven aus einem besonders guten Blickwinkel zu präsentieren.“

Henning Goes (Geschäftsführer der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung, B.I.S.)



„Mit der ‚Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft‘ wollen wir Personen, Vereine oder Initiativen fördern, die sich um Bildung, Erziehung, Kunst, Kultur oder Sport verdient gemacht haben. Das Ziel ist die Stärkung der Standortqualität in Bremerhaven.“

Ingo Kramer (Präsident der IHK)

Kammerjubiläum in Bremerhaven: IHK gründet eine Stiftung

Zu ihrem 125-jährigen Bestehen im Jahr 2000 ließ die IHK Bremerhaven nicht nur die Historie Revue passieren: „Wir wollen unsere Feier nicht nur für eine Rückschau, eine Bilanz nutzen, sondern perspektivisch nach vorn blicken“, sagte Kammerpräsident Ingo Kramer. Als ein deutliches Zeichen verzichtete die IHK an der Wesermündung auf die Herausgabe eines aufwändigen Buches oder auf mehrtägige Feiern. Kramer: „In unserer Vollversammlung ist ein anderer Weg gewählt worden: Aus Anlass des Jubiläums gründen wir die ‚Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft‘“.

Mit dieser Stiftung will die Bremerhavener Wirtschaft Personen, Vereine oder Initiativen fördern, die sich um Bildung, Erziehung, Kunst, Kultur oder Sport verdient gemacht haben. Das Ziel ist die Stärkung der Standortqualität in Bremerhaven.

Die Einlage von 100.000 Mark wurde durch die Mitglieder der Vollversammlung bewilligt – mit der Maßgabe, dass die Kammer bis Ende 2000 weitere 100.000 Mark an Spenden der Bremerhavener Wirtschaft einwerben solle. Bereits zur Festveranstaltung, am „Tag der Bremerhavener Wirtschaft“, hatte die IHK mehr als 100.000 Mark Spendenzusagen erhalten.

Beim „Tag der Wirtschaft“ in der Stadthalle Bremerhaven unterzeichneten Kammerpräsident Ingo Kramer und IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Stark die Gründungsurkunde. Als Taufpaten der Stiftung fungierten Dr. Arend Oetker (Vizepräsident des BDI) und Dr. Henning Scherf (Präsident des Bremer Senats).

Der Tag des Kammerjubiläums stand ganz im Zeichen der Zukunft. Passend dazu feierten die Wirtschaftsjuvenen (WJD) Bremerhavens ihr 50-jähriges Bestehen. IHK-Präsident Kramer, der selbst zehn Jahre als Wirtschaftsjuvener wirkte, lobte die Ideen und Aktionen: „Nach dem Krieg zählte die Bremerhavener Kammer mit der Gründung der Wirtschaftsjuvenen zu den Vorreitern in Deutschland.“

Dr. Arend Oetker, Präsident des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft und Vizepräsident des BDI, kritisierte am „Tag der Wirtschaft“ den Reformstau in der Politik und forderte dazu auf, Unternehmen zu gründen:

„Wir haben zu wenig selbstständige Unternehmer in Deutschland. Wir brauchen noch viel mehr Initiative in diesem Bereich.“

Die geplante Steuerreform nahm Oetker kritisch unter die Lupe. Es dürfe keine Unterschiede zwischen Kapitalunternehmen und Personengesellschaften geben. Auch müsse der Spitzensteuersatz gesenkt werden: „Ein Leistungsträger in Wirtschaft oder Wissenschaft, der Spitzenleistung bringt, darf sich dabei nicht bestraft fühlen.“

„Wir müssen jeden Tag neu auf die Zukunft eingehen, müssen leitende Mitarbeiter eher als Mitunternehmer sehen und die Zusammenarbeit, auch über Unternehmensgrenzen hinweg, fördern. Ihre Stiftung ist das richtige Signal“, so der BDI-Vizepräsident über die neue Stiftung, „die Einzahlungen von Seiten der Wirtschaft zeigen den unternehmerischen Geist, der hier in Bremerhaven herrscht. Ich glaube, dass es in der Stadt zum 150-jährigen Kammerjubiläum eine Arbeitslosenquote unter zehn Prozent gibt.“



Beim „Tag der Wirtschaft“, den die IHK aus Anlass ihres 125-jährigen Jubiläums in der Stadthalle Bremerhaven beging, unterzeichneten Kammerpräsident Ingo Kramer (vorn links) und Hauptgeschäftsführer Michael Stark in Anwesenheit von Bürgermeister Scherf und Dr. Arend Oetker die Gründungsurkunde für die „Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft“.

Gründungstage in der Hochschule Bremerhaven

Existenzgründungen bekommen in Bremerhaven einen wachsenden Stellenwert. Bereits zum vierten Mal initiierten die Wirtschaftsjuvenen Bremerhaven im Jahr 2000 die Gründungstage. Zusammen mit der Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN, der Hochschule Bremerhaven, dem Arbeitsamt, der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH sowie der Handwerkskammer und der IHK richteten die Wirtschaftsjuvenen das größte Kontakt- und Informationsforum der Region zum Thema „Existenzgründung und Existenzsicherung“ aus. Am Eröffnungstag informierten sich die zahlreichen Besucher insbesondere zum Thema „Internet und E-Commerce“. In den Begrüßungsreden und dem darauffolgenden Vortrag eines Hamburger Werbeprofis wurden anschaulich die gegenwärtigen Chancen des World-Wide-Web herausgestellt.

Die Wirtschaftsjuvenen wollen auch in Zukunft in Bremerhaven ein gutes Klima für Existenzgründungen schaffen. Mit den jährlich stattfindenden Gründungstagen und den monatlichen Starter-Treffs werden sie weiterhin die Möglichkeit anbieten, Informationsdefizite gerade in der Startphase eines Unternehmens zu verringern. Hierbei ist das Thema der Unternehmensweiterführung von besonderer Bedeutung. Allein in Bremerhaven stehen in den

nächsten Jahren schätzungsweise 500 Unternehmensnachfolgen an.

Gründerpreis für Dr. Bernd Kroon

Auch die Bremerhavener Wirtschaft unterstützt Existenzgründungen nach Kräften. Der von der Städtischen Sparkasse und der Dieckell Vermögensverwaltungs- und Beratungsgesellschaft mbH zum vierten Mal ausgelobte Bremerhavener Gründerpreis in Höhe von 100.000 Mark gehört zu den höchstdotierten Preisen dieser Art in der Bundesrepublik. In diesem Jahr ging er an die Firma KroonAqa. Deren primäres Geschäftsfeld ist die kostengünstige Produktion von Mikroalgen.

Um den Preis 2000 hatte sich 15 Unternehmen beworben. Die beiden Gründerpreis-Stifter wollen innovative Ideen und Leistungen für Bremerhaven auszeichnen und mit der Initiative junge Unternehmen und Existenzgründer aus Bremerhaven und dem ganzen Bundesgebiet für den Standort Bremerhaven und seine vielfältigen Vorteile gewinnen.

Die konkreten Auswirkungen für den Standort Bremerhaven sind enorm. „Unsere bisherigen Gründerpreisträger beschäftigen zur Zeit über 30 Mitarbeiter. Grund genug für uns, am Gründerpreis festzuhalten und den notwendigen Strukturwandel in Bremerhaven weiter zu begleiten“, sagt Sparkassen-Vorstand und IHK-Vizepräsident Claus Brüggemann zum Engagement der Firma Dieckell und der SSK. Friedrich Dieckell ergänzt: „Wir haben uns für eine Beteiligung am Gründerpreis entschieden, weil diese Auszeichnung Existenzgründer bzw. Unternehmenskonzepte mit innovativen Ideen unterstützt, die dem Wirtschaftsstandort Bremerhaven zugute kommen“.

Die bisherigen Preisträger befinden sich allesamt im Aufwind. Die Firma ORCA (1997) hat stark expandiert und beschäftigt zur Zeit 20 festangestellte und drei freie Mitarbeiter. André Kiwitz, Gründer und Geschäftsführer der Firma ted technologie entwicklungen & dienstleistungen GmbH (1998) beschäftigt zur Zeit sieben Mitarbeiter und bildet in diesem Jahr erstmals aus. Die Firma EcoCool GmbH (1999) hat sich mittlerweile am Markt durchgesetzt. Nachdem sie sich in diesem Jahr auf mehreren großen Messen mit fachkundigem Publikum präsentieren konnte, stellt sich die Auftragslage für die Gründungsgesellschafter Ulf C. Abbes und Heinrich Siedenburg gut dar.



Dr. Bernd Kroon (zweiter von links) erhielt den Bremerhavener Gründerpreis und freut sich gemeinsam mit (von links) dem Kammervizepräsidenten und Vorstandsvorsitzenden der Städtischen Sparkasse Bremerhaven, Claus Brüggemann, Konsul Friedrich Dieckell und Oberbürgermeister Jörg Schulz.



Sail 2000



Leistungsbilanz Bremerh

Bildungswesen

Die Diskussion um die aktuelle Ausbildungsplatzsituation hat sich insgesamt versachlicht. Die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft der Jugend und die Entwicklung in der Berufsausbildung stehen bei Politik und Wirtschaft wieder im Vordergrund. Bundesweit wird von einem Lehrstellenrekord in der gewerblichen Wirtschaft gesprochen.

Seit 1994 haben die Unternehmen in Industrie, Handel und Dienstleistungen ihre Ausbildung bundesweit um weit mehr als 20 Prozent gesteigert. Die Wirtschaftsvereinigungen haben in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich gemacht, wie entscheidend moderne, zukunftsfähige Berufsbilder sind, um neue Unternehmen für die Ausbildung zu gewinnen und den Jugendlichen entsprechende Zukunftschancen zu bieten.

Durch intensive Aktionen der Industrie- und Handelskammern vor Ort konnten mehr als 5.600 Unternehmen durch neue Berufsbilder für die Ausbildung gewonnen werden. Für die kommenden Jahre werden weitere neue Berufsbilder und reformierte Berufe erwartet. Die permanente Modernisierung der Berufsbilder ist notwendig, damit der Wandel in der Arbeitswelt sich in den Ausbildungsinhalten widerspiegelt. Ebenso wichtig ist aber auch eine Strukturreform der beruflichen Bildung.

Situation in Bremerhaven

Das Engagement der Bremerhavener Wirtschaft und die Bemühungen der Kammer haben bis zum 30. September 2000 ein Plus an rein dualen Ausbildungsplätzen gebracht. Die Zahl der neu eingetragenen Auszubildenden in Industrie, Handel und Dienstleistungen konnte von 541 auf 571 gesteigert werden. Dieses entspricht einem Plus von 5,5 Prozent an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Die Zahl der Auszubildenden aus geförderten Sonderprogrammen wurde gleichzeitig heruntergefahren. Die Arbeitsverwaltung Bremerhaven meldet zum Stichtag 30. September 1.645 Stellen (gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 67), wovon noch 21 unbesetzt waren. Von 2.112 erfassten Bewerbern für Berufsausbildungsstellen (Vorjahr 2.212) waren 114 Bewerber noch nicht untergebracht.

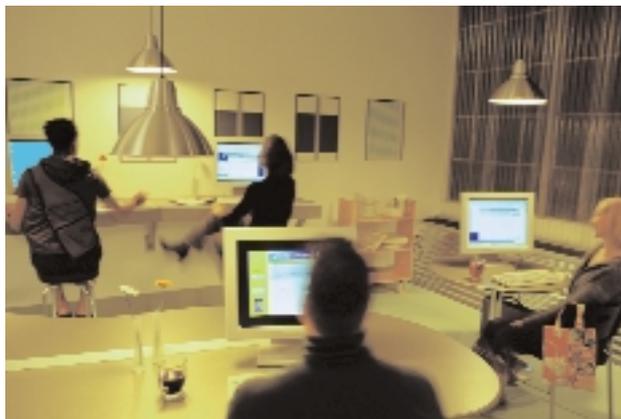
Vor dem Hintergrund der wirtschaftlich immer noch schwierigen Situation und der strukturellen Veränderungen haben Politik und Kammern auch im Jahre 2000 die Wirtschaft aufgefordert, in ihren Ausbildungsanstrengungen nicht nachzulassen. Durch gezielte Beratungen und den Einsatz von Ausbildungsplatzwerbern konnten etliche Bremerhavener Unternehmen erstmals für die Berufsausbildung gewonnen werden.

Ausbildungspool Bremerhaven

Der Ausbildungspool Bremerhaven e.V., eine Gemeinschaftsinitiative des Magistrats der Stadt Bremerhaven, der IHK, der Kreishandwerkerschaft, der Gewerkschaften, des Arbeitgeberverbandes und anderer an Berufsausbildung unmittelbar oder mittelbar beteiligter Institutionen, wurde im Juli 1999 gegründet. Durch die Zusammenarbeit mit Unternehmen, die keine Ausbildungsberechtigung besitzen und die allein nicht ausbilden könnten, hat der Ausbildungspool zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen. Der Ausbildungspool, der die verantwortlichen Ausbilder vorhält, schließt mit den Jugendlichen die Ausbildungsverträge ab. Die nicht auszubildenden Unternehmen werden durch einen Partnervertrag in die Ausbildung des Pools eingebunden und zeichnen für große Teile der praktischen Ausbildung verantwortlich. Ziel des Ausbildungspools ist neben der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze auch, die Partnerunternehmen zur Ausbildungsberechtigung zu führen.

Der Ausbildungspool hat seit seiner Gründung insgesamt 74 neue zusätzliche Ausbildungsstellen in den Berufen Einzelhandelskaufmann/-frau, Bürokaufmann/-frau, Koch/Köchin sowie Restaurantfachmann/-frau erschlossen, von denen gegenwärtig 59 Plätze besetzt sind. Die Finanzierung dieses Ausbildungsmodells erfolgt zu über 40 Prozent durch die beteiligten Partnerunternehmen und im Übrigen, insbesondere soweit es die Personalkosten der angestellten Ausbilder angeht, aus Mitteln des Senators für Arbeit, der Bundesanstalt für Arbeit und Mitteln des Jugendsofortprogramms der Bundesregierung.

Engagement für das duale Ausbildungssystem: Die Zahl der neu eingetragenen Auszubildenden in Industrie, Handel und Dienstleistungen erhöhte sich von 541 auf 571.



en aven

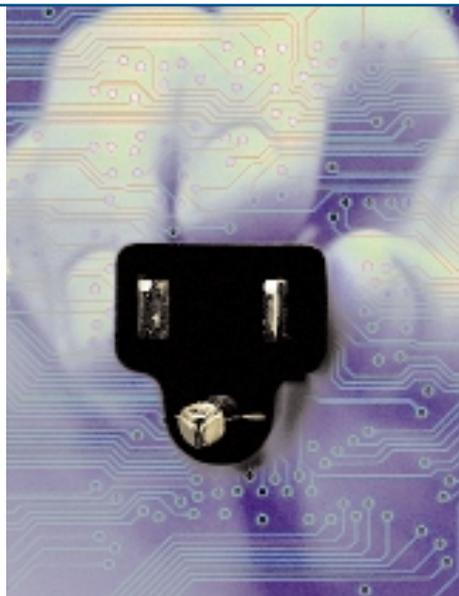
Neue Berufe

In den neuen Berufen der Informations- und Telekommunikationswirtschaft sowie Mechatroniker und Automobilkaufmann ist es gelungen, durch Einzelberatungen der Unternehmen Ausbildungsplätze für die Region zu erschließen. Für die Betreuung und Beratung in den neu geschaffenen Ausbildungsberufen haben die Kammer und die Kreishandwerkerschaft gemeinsam eine Fachkraft eingestellt. Aufgabe dieses gemeinsamen Mitarbeiters ist unter anderem die Erschließung von Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk in industriellen Ausbildungsberufen. In Kooperation mit einem Industriebetrieb kann auch im Handwerk in den neuen IT-Berufen ausgebildet werden.

Berufsfachschule Informatik und Medien

Nach der erfolgreichen Einführung der Berufsfachschule Informatik im Jahre 1998 und Annahme durch die ausbildende Wirtschaft ist zum Schuljahresbeginn 2000/01 an den Gewerblichen Lehranstalten die Berufsfachschule Medien installiert worden. Dort soll auf die Berufsausbildung in den Medienberufen, Film- und Videoeditor, Mediengestalter in Bild und Ton, Fachkraft für Veranstaltungstechnik, Gestalter in Digital- und Printmedien, Kaufmann für audiovisuelle Medien und Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste vorbereitet werden. Die Fachschulausbildung beinhaltet ein mehrwöchiges Praktikum und soll in enger Abstimmung mit der ausbildenden Wirtschaft erfolgen. Diese schulische Ausbildung kann im Einzelfall mit einem halben Jahr auf die sich anschließende Ausbildung in der Medienwirtschaft angerechnet werden – eine Anrechnungspflicht besteht nicht.

Nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss kann, wie bei der Berufsfachschule Informatik, durch eine ergänzende Prüfung die Fachhochschulreife erlangt werden. Dieses ist damit ein richtungsweisender doppelqualifizierender Bildungsgang, der in enger Abstimmung mit der Kammer entwickelt wurde.



Die neuen Berufe in der Informations- und Telekommunikationswirtschaft: Hier ist es gelungen, durch Einzelberatungen in den Unternehmen Ausbildungsplätze zu schaffen.

Informations- und Ehrungsveranstaltungen

Am 6. September 2000 wurden im Rahmen einer Feierstunde 47 Prüflinge geehrt, die ihre Ausbildung mit Auszeichnung bestanden haben. Gleichzeitig wurden 31 Betriebe, die sich um die Berufsausbildung besonders verdient gemacht haben, mit einer Urkunde ausgezeichnet. Am 19. September fand die Last-Minute-Börse statt. In dieser Gemeinschaftsaktion der Kammer, der Kreishandwerkerschaft, des Arbeitsamtes, des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaften wurden Ausbildungsplatzsuchenden noch freie Lehrstellen angeboten.

Im Oktober 2000 führte die Kammer wiederum in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven und der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Schüler der Abgangsklassen 2000/01 an drei Tagen eine Berufsinformationsmesse durch. Etwa 3000 Schüler haben sich an den drei Standorten im Hause der Kreishandwerkerschaft, der AOK und der IHK bei Geschäftsinhabern, Ausbildern und Auszubildenden über Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk, in Industrie, im Handel, im Dienstleistungs- und Gesundheitswesen informiert.

Zu neuen und neu geordneten Ausbildungsberufen bot die Kammer im kaufmännischen wie im gewerblichen Bereich Informationsveranstaltungen für die Ausbildungsbetriebe an. Am 18. Mai 2000 fand das erste Bremerhavener Medienforum statt. Gemeinsam mit der Kreishandwerkerschaft hatte die IHK zum Meinungsaustausch Schulen und Ausbilder in den neuen Medienberufen geladen.

Prüfungen in der Berufsbildung

An den Abschlussprüfungen 2000 nahmen insgesamt 856 Auszubildende teil. Im Vorjahr waren es 821 Prüflinge. Die steigende Zahl der Prüflinge ist zurückzuführen auf die Ausbildungsanstrengungen, die die Bremerhavener Wirtschaft in den vergangenen Jahren unternommen hat. 771 Prüflinge (90,1 Prozent) bestanden ihre Abschlussprüfung; im Vorjahr betrug die Bestehensrate 89,2 Prozent. Neben den Abschlussprüfungen nahm die Kammer bei 598 Auszubildenden die Zwischenprüfung ab. Im Rahmen von Gruppenumschulungsmaßnahmen hat die IHK Bremerhaven in den Berufen Florist/-in, Trockenbaumonteur, Bürokaufmann/-frau, Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation, Industriekaufmann/-frau, Speditionskaufmann/-frau, Verkäufer/-in insgesamt 138 Teilnehmer geprüft, die Bestehensquote betrug 92,8 Prozent.

Ausbildungsberater

Die IHK-Ausbildungsberater haben im Jahre 2000 eine Vielzahl von Betrieben besucht und dabei etliche Ausbildungsstellen neu erschlossen. Die Beratungstätigkeit, insbesondere im Bereich der neuen Ausbildungsberufe, erforderte dabei viel Zeit, führte aber auch zu zusätzlichen Ausbildungsabschlüssen und der Bereitschaft der Wirtschaft, insbesondere in den IT-Berufen im kommenden Ausbildungsjahr verstärkt auszubilden.



„Plattform Weiterbildung“:
In Bremerhaven wurden die Fort- und
Weiterbildungsangebote gebündelt.

Bildungspolitik

Zu Fragen der Bildungspolitik in Sitzungen des Landesausschusses für Berufsbildung sowie dessen Unterausschüssen, im Bündnis für Arbeit und Ausbildung aber auch in den Schulkonferenzen, Gesamtkonferenzen und Ausbildungsbeiräten der hiesigen berufsbildenden Schulen hat die Kammergeschäftsführung den Standpunkt der Wirtschaft vertreten und die Interessen der Gesamtwirtschaft wahrgenommen. Im Rahmen des auf Landesebene gegründeten runden Tisches „Arbeitslehre“ ist die Kammergeschäftsführung in die Umsetzung der Arbeitsergebnisse insbesondere im Bereich der Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen eingebunden. Wie in den Vorjahren engagiert sich die Kammer darüber hinaus über ihre Beteiligung an der Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung (KAB) umfangreich in der Bildungspolitik sowie in der wirtschaftskundlichen Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern allgemeinbildender und beruflicher Schulen.

Der Berufsbildungsausschuss der IHK Bremerhaven trat zu drei Sitzungen zusammen. Schwerpunkt der Beratungen war die Ausbildungsplatzsituation in verschiedenen Berufen und in der Region insgesamt. Der Ausschuss ließ sich über die Beratungen im Bündnis für Arbeit und Ausbildung auf Landesebene sowie die Aktivitäten Ausbildungs-pools und die Einrichtung der Berufsfachschule Medien berichten. Der Ausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Auszubildenden (Schlichtungsausschuss) wurde in zwei Fällen um Vermittlung und Schlichtung angerufen.

Fort- und Weiterbildung

Unter dem Titel „Plattform Weiterbildung“ haben die IHK Bremerhaven, die Kreishandwerkerschaft, der Arbeitgeberverband und das RKW Bremen die bestehende Zusammenarbeit im Bereich der Fort- und Weiterbildung auch öffentlich erkennbar gebündelt. Zukünftig werden nicht nur die Bildungsangebote ausgetauscht, sondern gemeinsame Angebote erarbeitet und angeboten aber auch die Angebote wechselseitig präsentiert.

Im Rahmen des eigenen Angebotes gab die IHK durch die Verlegung eines Teiles der Marine-Operations-Schule nach Parow die Industriemeisterausbildung der Fachrichtung Elektrotechnik im Laufe des Jahres zunächst auf. Übernommen wurde hingegen die Industriemeisterausbildung der Fachrichtung Lebensmitteltechnik, da der bisherige Träger diese Ausbildung aus Liquiditätsgründen aufgeben musste. Auch wurden wieder Vorbereitungslehrgänge für Bilanzbuchhalter sowie Ausbilderlehrgänge von der Kammer angeboten. Das Spektrum der Weiterbildung soll – auch gemeinsam mit den Plattformpartnern – erweitert werden.

Begabtenförderung

Im Rahmen der Begabtenförderung unterstützt die IHK Bremerhaven gegenwärtig zehn Stipendiaten, wovon drei im Jahr 2000 neu aufgenommen worden sind.

Großhandel

Der Großhandel in der Seestadt Bremerhaven beurteilt die gegenwärtige geschäftliche Lage zu fast 80 Prozent als befriedigend bis gut. Die Zahl der Großhandelsbetriebe, also die Zwischenhandelsstufe zwischen den Herstellern und Einzelhändlern, ist seit Jahren nahezu konstant. Die Beständigkeit auf insgesamt niedrigem Niveau ist ein Spiegelbild der begrenzten Absatzmöglichkeiten des Bremerhavener Großhandels. Einzig dem Großhandel mit Fisch und Fischprodukten kommt eine überregionale Bedeutung zu. Mit Fertigstellung der festen Weserquerung, dem Wesertunnel, wird sich das Absatzgebiet für den Bremerhavener Großhandel nach Westen merklich öffnen. Die zukünftige Entwicklung wird zu ebenfalls fast 80 Prozent als befriedigend bis gut eingeschätzt.

Einzelhandel

In der Unterweserregion führte die anhaltende Arbeitslosigkeit, die immer noch über dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer liegt, dazu, dass 75 Prozent der befragten Einzelhandelsunternehmen ihre geschäftliche Lage lediglich als befriedigend bis gut bezeichnen. 25 Prozent bewerten die Geschäftslage gegenwärtig noch als schlecht. Selbst die großen Besucherzahlen zur Sail 2000 sowie die Möglichkeit der verlängerten Ladenöffnungszeiten an Samstagen im Zuge der EXPO 2000 haben den Einzelhändlern nicht die erhofften Umsatzzuwächse gebracht.

Die weitere Entwicklung wird von knapp 80 Prozent der Betriebe als befriedigend und von 20 Prozent als schlecht beurteilt. Ursache dafür ist unter anderem die immer noch nicht erkennbare tatsächliche Nutzung des Gebietes Alter/Neuer Hafen. Auch die Umsetzung der Entscheidungen für eine Um- und Neugestaltung der Bremerhavener Innenstadt nimmt viel zuviel Zeit in Anspruch, um in der Kaufmannschaft selbst eine wirkliche und nachhaltige Aufbruchstimmung zu erzeugen.

Die bundesweit erkennbaren Strukturprobleme des Handels verschärfen sich durch Konzentration, Standortfragen und neue Medien. Die Wirtschafts- und Rechtspolitik muss dieser Umbruchsituation im Handel Rechnung tragen. Zur Sicherung des Handelsstandortes Stadt müssen nicht nur die Regelungen der Raumordnung und des Bau-rechtes beachtet, sondern auch eine zwischen öffentlichen Personennahverkehr und privatem PKW ausgewogene städtische Verkehrspolitik getroffen werden.

Wettbewerb

Auch im Jahr 2000 sorgte die IHK Bremerhaven für einen fairen Wettbewerb, indem sie unberechtigte Sonderveranstaltungen unterband und Wettbewerbsverstöße ahndete. Bis Ende 2000 wurden 17 Räumungsverkäufe wegen Geschäftsaufgabe, Umbau und Brandschadens durchgeführt. Wegen Verstoßes gegen wettbewerbsrechtliche Vorschriften musste die Kammer selbst Abmahnungen aussprechen und die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V. einschalten. In zwei Fällen wurde die Einigungsstelle zur Beilegung von Wettbewerbsstreitigkeiten angerufen. Die Wettbewerbssituation in der seestädtischen Absatzwirtschaft kann insgesamt als fair beurteilt werden.

Sachverständigenwesen

Mitte 1999 wurde die Zuständigkeit für die öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen im Lande Bremen vom Senator für Wirtschaft auf die Industrie- und Handelskammern übertragen. Bisher oblag den Kammern bei der öffentlichen Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen lediglich ein Vorschlagsrecht, nunmehr die alleinige Zuständigkeit.

Im Jahre 2000 hat die IHK Bremerhaven Sachverständige für historische Wasserfahrzeuge, Baustatik und Baukonstruktion, für Elektrotechnik, insbesondere Automatisierungstechnik, Schäden an Gebäuden sowie für Straßenverkehrsunfälle öffentlich bestellt und vereidigt. Darüber hinaus wurden vier Bestellungen, deren Dauer abgelaufen war, zeitlich befristet verlängert.



Im Jahr 2000 hat die IHK eine Reihe von Sachverständigen bestellt, z. B. für das Gebiet Straßenverkehrsunfälle.

Der Logistikstandort Bremerhaven zeigt wieder Flagge auf der weltgrößten Logistikmesse „transport logistic“

Die hervorragende Präsentation des Logistikstandortes Bremerhaven im Jahr 1999 wird auf der „transport logistic“, die vom 15. bis 19. Mai 2001 in München stattfindet, fortgesetzt. Angespornt durch den großen Zuspruch von der wirtschaftlichen und politischen Seite wird die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven zusammen mit der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (B.I.S.) und der Hochschule Bremerhaven (Studiengang Transportwesen und Logistik) die vorhandenen logistischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Seestadt Bremerhaven auf dem Gemeinschaftsstand der Bremischen Hafenervertretung wieder professionell präsentieren. Die Präsentation soll mit der Veranstaltung „Logistic meets Internet“ abgerundet werden. Gleichzeitig wird den Bremerhavener Unternehmen, die nicht mit einem eigenen Stand oder auf dem Gemeinschaftsstand der Bremischen Hafenervertretung vor Ort sind, die Möglichkeit geboten, ebenfalls auf der Messe präsent zu sein. Im Zuge der Messepräsentation wird auch wieder das in der Fachwelt anerkannte Handbuch „Wirtschaftsbild Bremerhaven – Globale Schnittstelle für Transport und Logistik“ neu aufgelegt.

IHK Bremerhaven bei der European Seafood Exposition in Brüssel

Auf eine gelungene Standortwerbung für Bremerhaven können die Teilnehmer an der European Seafood Exposition (ESE) in Brüssel zurückblicken. Auf Initiative der FBG hatten sich Bremerhavener Unternehmen und Institutionen auf einem Gemeinschaftsstand zusammengefunden, um dem interessierten Fachpublikum aus über 100 Ländern die Angebote der Unternehmen und die Vorteile des Standortes Bremerhaven aufzuzeigen.

Beförderung gefährlicher Güter

Geprägt durch das Gefährdungspotenzial von gefährlichen Gütern hat der Gesetzgeber erhöhte Auflagen für Transporte und transportbedingte Zwischenlagerungen erstellt. Die IHK Bremerhaven ist im Rahmen von diversen gesetzlichen Vorschriften unter anderem für die Durchführung, Anerkennung und Überwachung von Schulungen und Prüfungen der Gefahrgutfahrer und Gefahrgutbeauftragten zuständig. Im Jahr 2000 wurde bei etwa 40 Prüfungen für Gefahrgutfahrer und Gefahrgutbeauftragte das für die Aushändigung der ADR-Bescheinigung bzw. des EG-/Schulungsnachweises erforderliche Fachwissen überprüft.

Strukturentwicklung der Bundesfinanzverwaltung / Geplante Schließung des HZA Bremerhaven und ZA Fischereihafen

Der Geschäftsbereich des Bundesfinanzministeriums muss bis 2003 zur Haushaltsentlastung etwa drei Milliarden Mark beitragen. Davon beziehen sich 700 Millionen Mark auf die Bundesfinanzverwaltung. Erreicht werden soll dieses Ziel durch Straffung und Neustrukturierung des Verwaltungsaufbaus. Dazu soll unter anderem die Zahl der Hauptzollämter (heute 84) auf etwa die Hälfte und die der Zollämter (heute 332) um etwa ein Drittel reduziert werden.

Von den geplanten Schließungen und Zusammenführungen ist auch Bremerhaven betroffen. Das Hauptzollamt (HZA) Bremerhaven soll geschlossen, das Zollamt (ZA) Fischereihafen aufgehoben und mit dem Zollamt Rotersand zusammengelegt werden. Beide Maßnahmen stehen in deutlichem Gegensatz zu der expandierenden wirtschaftlichen Entwicklung der Bremerhavener Hafenerwirtschaft. Um diese positive Entwicklung zu erhalten, hat sich die IHK Bremerhaven aktiv an einer Verhinderung der geplanten Schließung des HZA Bremerhavens beteiligt und zusammen mit seinen Bündnispartnern nachhaltig für einen Ausbau des HZA zu einem Küstenhauptzollamt Bremerhaven eingesetzt. Auch hat sich die IHK gegen die geplante Zusammenlegung des ZA Fischereihafen mit dem ZA Rotersand ausgesprochen.



Dienstleister IHK Bremerhaven – auch international

Im Rahmen ihres Dienstleistungsspektrums hat sich die IHK Bremerhaven wieder als kompetenter Ansprechpartner für die Wirtschaft zu allen Fragen in der Außenwirtschaft bewährt. Das breite Spektrum der Dienstleistungsangebote erstreckt sich über:

- Erstellung von Länderprofilen und länderspezifischen Informationen
- Aufzeigen von Fördermöglichkeiten bei der Außenwirtschaftstätigkeit, z. B. Marktrecherche, Messeteilnahme
- Zoll- und außenwirtschaftsrechtliche Bestimmungen
- Organisation und Hilfestellung bei Auslandsmessen
- Recherche von Firmenadressen im Ausland
- Internationale Geschäftspartnervermittlung

Als weitere Informationsquelle werden einmal im Monat die aktuellsten Nachrichten zur Außenwirtschaft in einem Außenwirtschaftsrundschreiben zusammengestellt und interessierten Unternehmen kostenlos per E-Mail, Fax oder Post übermittelt. Auf Basis der im Jahr 1999 durchgeführten Außenwirtschaftsumfrage wurden im Jahr 2000 gezielt Seminare veranstaltet, unter anderem Inco-terms 2000, Ausfuhrpauschalgewährleistungen, Abwicklung von Exportaufträgen. In Zusammenarbeit mit den nordwestdeutschen Kammern wurden spezielle Außenwirtschaftsveranstaltungen angeboten, zum Beispiel Marktaufbau und Niederlassungen in den USA, Beratungstag Belgien/Luxemburg. Im Jahr 2000 wurden etwa 4.500 Ursprungszeugnisse und andere für die Außenwirtschaft notwendigen Papiere bearbeitet und beglaubigt.

Weiterbildung

Im Jahr 2000 wurden wieder etliche Seminare und Veranstaltungen aus allen Bereichen (Existenzgründung, Personalwesen, Unternehmensführung) angeboten. Im Laufe des Jahres wurde mit der Akademie des Handwerks, dem Arbeitgeberverband Bremerhaven und dem RKW Bremen eine gemeinsame Weiterbildungsplattform gegründet. Ziel der Plattform ist es, eine Bündelung der vielfältigen Weiterbildungsaktivitäten zu erreichen, um diese noch gezielter den Unternehmen und ihren Mitarbeitern anzubieten.



Erfolgsbilanz der IHK-Recyclingbörse

Die IHK-Recyclingbörse verzeichnet im 25. Bestehensjahr eine Erfolgsbilanz: Die Zahl der Angebote von Produktionsrückständen und Abfällen stieg um 31 Prozent auf knapp 3.000. Darauf meldeten sich rund 16.200 Unternehmen. Damit interessierten sich über 19.000 Firmen für Angebot und Nachfrage an der IHK-Recyclingbörse. In dem Vierteljahrhundert ihres Bestehens gab es insgesamt über 91.000 Inserate, auf die sich wiederum fast 180.000 Unternehmen meldeten; damit haben sich insgesamt über 270.000 Unternehmen an der Börse seit ihrem Bestehen beteiligt.

Kampf um den Müll

Kommunen und Länder starteten im Jahr 2000 erneut eine Initiative zu einer Rekommunalisierung im Abfallbereich. Ziel ist die EU-weite Verankerung der kommunalen Daseinsvorsorge in diesem Bereich. Dies würde zu höheren Entsorgungskosten für Unternehmen führen und die mittelständische Entsorgungswirtschaft gefährden. Fast vier Jahre nach In-Kraft-Treten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes haben sich viele Kommunen und Landesumweltminister immer noch nicht damit abgefunden, dass ge-

werbliche Abfallerzeuger und Entsorgungsunternehmen eigenverantwortlich ihren Abfall verwerten.

Als Beschluss der 54. Umweltministerkonferenz ist die Bundesregierung aufgefordert worden, sich im Rahmen einer Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für eine EG-rechtlich verankerte Entsorgungsautarkie für alle Siedlungsabfälle einzusetzen, unabhängig von einer Klassifizierung dieser Abfälle als Abfall zur Verwertung oder zur Beseitigung. Damit wollen viele Kommunen und die Landesumweltminister das Rad zurückdrehen, indem sie die kommunale Abfallentsorgung als öffentlich-rechtliche Daseinsvorsorge in einigen Teilen wieder selbst in die Hand nehmen.

Die IHK lehnt diese Entwicklung ab und arbeitet verstärkt auf die weitergehende Privatisierung in der Abfallwirtschaft hin. Ähnlich wie bei Telefon, Strom und Gas muss geklärt werden, welche Aufgaben die Kommunen künftig noch in der Abfallwirtschaft übernehmen.

CITY SKIPPER bringt Innenstadt auf Kurs

Rechtzeitig zum Beginn der Arbeiten am neuen Erscheinungsbild der Innenstadt kommt auch das Citymanagement voran. Neben der IHK als Gründungsmitglied werden sich Bremerhavener Einzelhändler mit der B.I.S. zusammenschließen, um Bremerhavens Rolle als Einkaufsmetropole im Elbe-Weser-Dreieck gezielt auszubauen.

Bevor im kommenden Jahr ein professioneller Manager an Bord des CITY SKIPPERS kommt, haben bereits erste Initiativen begonnen. In der Startphase stehen vor allem die Ideen und Pläne für die neue Attraktivität der City im Mittelpunkt der Bemühungen. Daran anschließen sollen sich klare Marketingstrategien für die Einkaufswelt am Meer. Für die IHK steht damit eine ihrer zentralen Forderungen nach dem Schulterchluss zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie dem gemeinsamen Handeln für Bremerhavens Zukunft vor der Erfüllung. Nach langen und teilweise ermüdenden Diskussionen ist nun endlich auch zu sehen, dass sich in der Einkaufsmeile etwas tut.

**Das Präsidium der
IHK Bremerhaven**

Präsident
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Ingo Kramer
(J.H.K Anlagenbau und Service GmbH)

Vizepräsident
Dipl.-Bw. Claus Brüggemann
(Städtische Sparkasse Bremerhaven)

Vizepräsident
Dipl.-Ing. Peter H. Greim
(Frozen Fish International GmbH)

Vizepräsident
Dipl.-Ing. Rolf Niemeyer
(Fa. Baier-Optik)

Vizepräsident
Dr. jur. Ulrich Nußbaum
(FRIGO Fischtechnik GmbH & Co.)

Vizepräsident
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Emanuel Schiffer
(EUROGATE GmbH & Co. KG a. A., KG)

Ehrenpräsident
Verleger Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke
(Nordsee-Zeitung GmbH)

**Mitglieder der Vollversammlung
der IHK Bremerhaven**

Geschäftsführer Martin Billhardt (Dieckell Vermögens-
verwaltungs- und Beratungsgesellschaft mbH)
Kaufmann Günther Coordes (Fa. Carl Coordes)
Geschäftsführerin Roswitha Ditzen-Blanke
(Joachim Ditzen-Blanke GmbH)
Geschäftsführer Peter Döll (Nordsee-Zeitung GmbH)
Geschäftsführer Christian Ehlers (Holzhandlung
Hermann Ehlers GmbH & Co. KG)
Geschäftsführer Gerhard Figge (Hermann Pitzner GmbH)
Lars Giesecking, Assistent der Geschäftsführung
(Heinrich Abelmann GmbH)
Dipl.-Betriebswirt (BA) Jens Grotelüschen
(Grotelüschen Finanz)
Geschäftsführer Dipl.-Kfm. Wolfgang Grube
(Georg Grube GmbH)
Geschäftsführer und Kapt. Klaus Hartmann
(Oceanfood GmbH & Co. KG)
Kaufmann Claus von der Heide (Fa. Claus von der Heide)
Geschäftsführer Dr. rer. nat. Hartmut Hesel
(SeeYou Internet GmbH)
Dr. jur. Rainer Huismans (Kreissparkasse Wesermünde-
Hadeln)
Geschäftsführer Dipl.-Ing. Heinrich F. Kistner
(H. F. Kistner Baugesellschaft mbH)
Geschäftsführer Jürgen Krömer (Parfümerie
Krömer GmbH)
Geschäftsführer Dipl.-Ing. Werner Lüken
(Lloyd Werft Bremerhaven GmbH)
Geschäftsführer Dipl.-Kfm. Klaus Merdes
(Comet GmbH Pyrotechnik-Apparatebau)
Eva Naber (Hotel Naber GmbH)
Prof. Dr.-Ing. Thomas Rogge (Unternehmensgruppe
Gustav W. Rogge)
Achim Schön, Vorstandsmitglied (FRoSTA AG)
Textilbetriebswirt BTE Stephan Schulze-Aissen
(Fa. P.F. Aissen)
Direktor Folkert Tienken (Commerzbank AG)
Geschäftsführer Tasso Weber (Einzelhandelsverband
Nordsee Bezirksverband Bremerhaven eV)
Geschäftsführerin Monika Weerts (Erwin Herzog
GmbH & Co. KG Großhandelshaus für Raumausstattung)
Apotheker Gerd Welge (Atlantic-Apotheke)
Geschäftsführer Dipl.-Kfm. Gert Würfel
(Würfel GmbH & Co.)

Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven

Verkehrsausschuss • Geschäftsführer Dipl.-Kfm. Wolfgang Grube

Hafenwirtschaftlicher Ausschuss • Professor Dr.-Ing. Thomas Rogge

Fischwirtschaftlicher Ausschuss • Vorstandsmitglied Achim Schön

Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen • Heidemarie Jelden

Sachverständigenausschuss • Dipl.-Ing. Gerhard Feld

Berufsbildungsausschuss • Peter Goldschmidt

Arbeitskreis „Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven“ •
Professor Dr.-Ing. Thomas Rogge

Arbeitskreis „Einzelhandel/Innenstadtentwicklung“ •
Geschäftsführer Dipl.-Vw. Rudolf Hübenthal

Plenar
Mitglieder aus den Bereichen Industrie, Handel, Dienstleistungen

Präsidium
Präsident: Bernd
Vizepräsidenten: Dr. Walter Krawitz, Walter
Jürgen Roggemann, Dr. Patrick Wendisch

Hauptgeschäftsbereich
Dr. Matthias Fongers
Tel. 36 37 210, fonger@handelskammer-bremen.de
Grundsatzfragen der Wirtschaft
Sekretariat, Fra
Rosemarie Dähn
Tel. 36 37 211, daehn@handelskammer-bremen.de

**Konjunktur und Statistik/
Referent für die Hauptgeschäftsführung**
Andreas Köhler
Tel. 36 37 207
koehler@handelskammer-bremen.de

Mittelstand, Stadtentwicklung Geschäftsbereich I

Fax: 36 37 226

Uwe A. Nullmeyer, Geschäftsführer
Tel. 36 37 204
nullmeyer@handelskammer-bremen.de

Sekretariat: Juliane Klimach
Tel. 36 37 259
klimach@handelskammer-bremen.de

Grundsatzfragen der Mittelstandspolitik

Stadt- und Bauleitplanung

Städtebau- und Wohnungswirtschaft

Förderung Kultur/Wirtschaft

Wirtschaftsjunioren

Industrie, Umwelt, Volkswirtschaft Geschäftsbereich II

Fax: 36 37 326

Dr. Jens Schröder, Geschäftsführer
Tel. 36 37 321
schroeder@handelskammer-bremen.de

Sekretariat: Auli-Majja Frank
Tel. 36 37 235
frank@handelskammer-bremen.de

Referat I:
Wirtschaftsförderung/Umweltschutz/
Existenzgründung/Energiewirtschaft
Bert-Christian Cecchia, Tel. 36 37 232
cecchia@handelskammer-bremen.de

Sekretariat: Rita Kahrs
Tel. 36 37 231
kahrs@handelskammer-bremen.de

Referat II:
Technologie/Erfinder-/Innovationsberatung/
Wirtschaftsschutz
Gerd Neubauer, Tel. 36 37 230
neubauer@handelskammer-bremen.de

Referat III:
Volkswirtschaft
NN

**Auftragsberatungsstelle/
Öffentliches Auftragswesen**
Kirsten Meyer, Tel. 36 37 236
meyerk@handelskammer-bremen.de

**Existenzgründungsbörse/-seminare/
Recyclingbörse, Seminare für Arbeitssicherheit**
Jutta Deharde, Tel. 36 37 234
deharde@handelskammer-bremen.de

Außenwirtschaft, Messen, Europa-Angelegenheiten Geschäftsbereich III

Fax: 36 37 246

Wolfram Klein, Geschäftsführer
Tel. 36 37 240
klein@handelskammer-bremen.de

Sekretariat: Birgit Löhdorf
Tel. 36 37 244
loehndorf@handelskammer-bremen.de

Referat I:
Import-/Export-Marketing
Jürgen Charzinski, stellv. Geschäftsführer
Tel. 36 37 243
charzinski@handelskammer-bremen.de

Referat II:
EU-Angelegenheiten
Anja Reinkensmeier, Tel. 36 37 247
reinkensmeier@handelskammer-bremen.de

Referat III:
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht
Ellen Geiger, Tel. 36 37 252
geiger@handelskammer-bremen.de

Referat IV:
Veranstaltungen/Auslandsinformationen
Annabelle Girond, Tel. 36 37 237
girond@handelskammer-bremen.de

Auslandsanfragen, Datenbanken
Ursula Niklasch, Tel. 36 37 242
niklasch@handelskammer-bremen.de

**Außenwirtschaftliche Bescheinigungen,
Messekarten**
Dieter Buchholz, Tel. 36 37 104

Susanne Küchenmeister, Tel. 36 37 250

Ralph Schlenker, Tel. 36 37 102
schlenker@handelskammer-bremen.de

Sekretariat: Christa Herdzin
Tel. 36 37 241
herdzin@handelskammer-bremen.de

Handel, Recht, Dienstleistungen Geschäftsbereich IV

Fax: 36 37 400

Dr. Torsten Adam Slink, Geschäftsführer
Tel. 36 37 410
slink@handelskammer-bremen.de

Sekretariat: Sabine Schala
Tel. 36 37 411
schala@handelskammer-bremen.de

Referat I:
Handel/Dienstleistungen/
Beratung/Räumungsverkehr
Karsten Nowak
Tel. 36 37 406
nowak@handelskammer-bremen.de

**Überbrückungsgeldentwurf/
Unterrichtungen nach
Gewerbeausübung durch
Hartmut Zimmermann, Tel. 36 37 412
zimmermann@handelskammer-bremen.de**

Referat II:
Recht/Handelsregister-/
Wesen/Schiedsgerichtbarkeit
Ulrich Vogel, Tel. 36 37 413
vogel@handelskammer-bremen.de

Silke Seemann, Tel. 36 37 414
seemanns@handelskammer-bremen.de

Sekretariat: Marlies Timmermann
Tel. 36 37 413
timmermann@handelskammer-bremen.de

Öffentlichkeitsarbeit / Presse

Dr. Stefan Offenhäuser, Leiter
Tel. 36 37 245; Fax: 36 37 226
offenhaeuser@handelskammer-bremen.de

Firmenjubiläen / Urkunden / Archivierung

Annelore Röpke
Tel. 36 37 332
roepke@handelskammer-bremen.de

Dienstleistungen Geschäftsbereich IV

Geschäftsführer

bremen.de

la

-bremen.de

m/Existenzgründungs-
käufe

-bremen.de

äge/
dem Gaststättengesetz/
h Ausländer

Tel. 36 37 402

ammer-bremen.de

Sachverständigen-
rkeit

412

-bremen.de

7 261

mer-bremen.de

ermann

ammer-bremen.de

Häfen, Regionalplanung, Verkehr Geschäftsbereich V

Fax: 36 37 274

Dr. Andreas Otto, Syndicus
Tel. 36 37 270
otto@handelskammer-bremen.de

Sekretariat: Jeannette Behaghel
Tel. 36 37 273
behaghel@handelskammer-bremen.de

Referat I:
Logistik/Städtischer Verkehr/Gefahrgut
Jörg Albertzard, Tel. 36 37 275
albertzard@handelskammer-bremen.de

Existenzgründungsberatung/
Fachkunde Güterkraftverkehr/
Informationen zum Gütertransport
und zur Personenbeförderung
Olaf Orb
Tel. 36 37 272
orb@handelskammer-bremen.de

Fachkunde Personenverkehr/
ADR-Bescheinigungen/Autobahngebühren
Bianca Schünemann, Tel. 36 37 271
schuenemann@handelskammer-bremen.de

Regionalplanung
Jeannette Behaghel, Tel. 36 37 273
behaghel@handelskammer-bremen.de

Aus- und Weiterbildung Geschäftsbereich VI

Fax: 36 37 324

Dr. Horst Meyer, Geschäftsführer
Tel. 36 37 280
meyer@handelskammer-bremen.de

Sekretariat: Elke Philipp
Tel. 36 37 283
philippi@handelskammer-bremen.de

Referat I: Grundsatzfragen, Einzelhandel und
Hotel- und Gaststättengewerbe, Prüfungswesen
Jens Jensen, stellv. Geschäftsführer
Tel. 36 37 404
jensen@handelskammer-bremen.de

Referat II: Grundsatzfragen/kaufm./gewerblich-
technische Berufe, Prüfungswesen
Frank-Dieter Lutz, Tel. 36 37 282
lutz@handelskammer-bremen.de

Referat III: Grundsatzfragen/Berufliche
Fort- und Weiterbildung, Prüfungswesen
Kaufm. Berufe: Petra Eickhoff, Tel. 36 37 281
eickhoff@handelskammer-bremen.de

Gewerb.-techn. Berufe:
Ruth-Izabel Janssen, Tel. 36 37 101
janssen@handelskammer-bremen.de

Ausbildungsberatung für die Bereiche:
a) Banken, Groß- und Außenhandel, Industrie,
Reiseverkehr, Schifffahrt, Verkehr,
Versicherungen, Wohnungswirtschaft
Armin Goppelt, Tel. 36 37 276
goppelt@handelskammer-bremen.de

b) Einzelhandel und Hotel-
u. Gaststättengewerbe
Michael Parnack, Tel. 36 37 415
parnack@handelskammer-bremen.de

c) Bahn, Binnenschifffahrt, Holz,
Lagerwirtschaft, Metall, Mechatronik,
Oberflächenveredelung, Post,
Seegüterkontrolle, Spedition
Henning Tolck, Tel. 36 37 266
tolck@handelskammer-bremen.de

d) Bau, Büro, Chemie, Druck, Elektro, Glas, IT-
Berufe, Keramik, Multimedia,
Nahrungsmittel, Textil,
Veranstaltungstechnik, Werbung
Günter Trotz, Tel. 36 37 268
trotz@handelskammer-bremen.de

Ausbildungsprüfungen für die Bereiche:
a) Kaufm. Bereich/ Abteilungsorganisation
Bernhard Lock, Tel. 36 37 284
lock@handelskammer-bremen.de
b) Gewerblich-technischer Bereich
Jürgen Marzog, Tel. 36 37 288
marzog@handelskammer-bremen.de
c) Ausbildereignungsprüfungen
Susanne Brendel, Tel. 36 37 265
brendel@handelskammer-bremen.de

Zentrale Dienste Geschäftsbereich VII

Fax: 36 37 303

Günther Lübbe, Geschäftsführer
Tel. 36 37 220
luebbe@handelskammer-bremen.de

Sekretariat: Kirstin Huismann
Tel. 36 37 208
huismann@handelskammer-bremen.de

a) Service-Bereich

Service-Center
Ruth-Izabel Janssen, Leiterin
Tel. 36 37 101
janssen@handelskammer-bremen.de

Heidi Wolke, Empfang/Telefonzentrale
Tel. 36 37 338
wolke@handelskammer-bremen.de

Dieter Buchholz, Tel. 36 37 104

Claudia Spalkhaver, Tel. 36 37 103
spalkhaver@handelskammer-bremen.de

Ralph Schlenker, Tel. 36 37 102
schlenker@handelskammer-bremen.de

Bibliothek
Peter Gartelmann, Leiter
Tel. 36 37 221
gartelmann@handelskammer-bremen.de

Archiv
Holger Bischoff, Leiter
Tel. 36 37 222
bischoff@handelskammer-bremen.de

Veranstaltungen
Walter Liesmann, Leiter der Hausverwaltung
Tel. 36 37 225 oder 36 37 238

Beitragswesen
Sylvia Meyer-Baumgartner, Leiterin
Tel. 36 37 217
meyer-baumgartner@handelskammer-
bremen.de

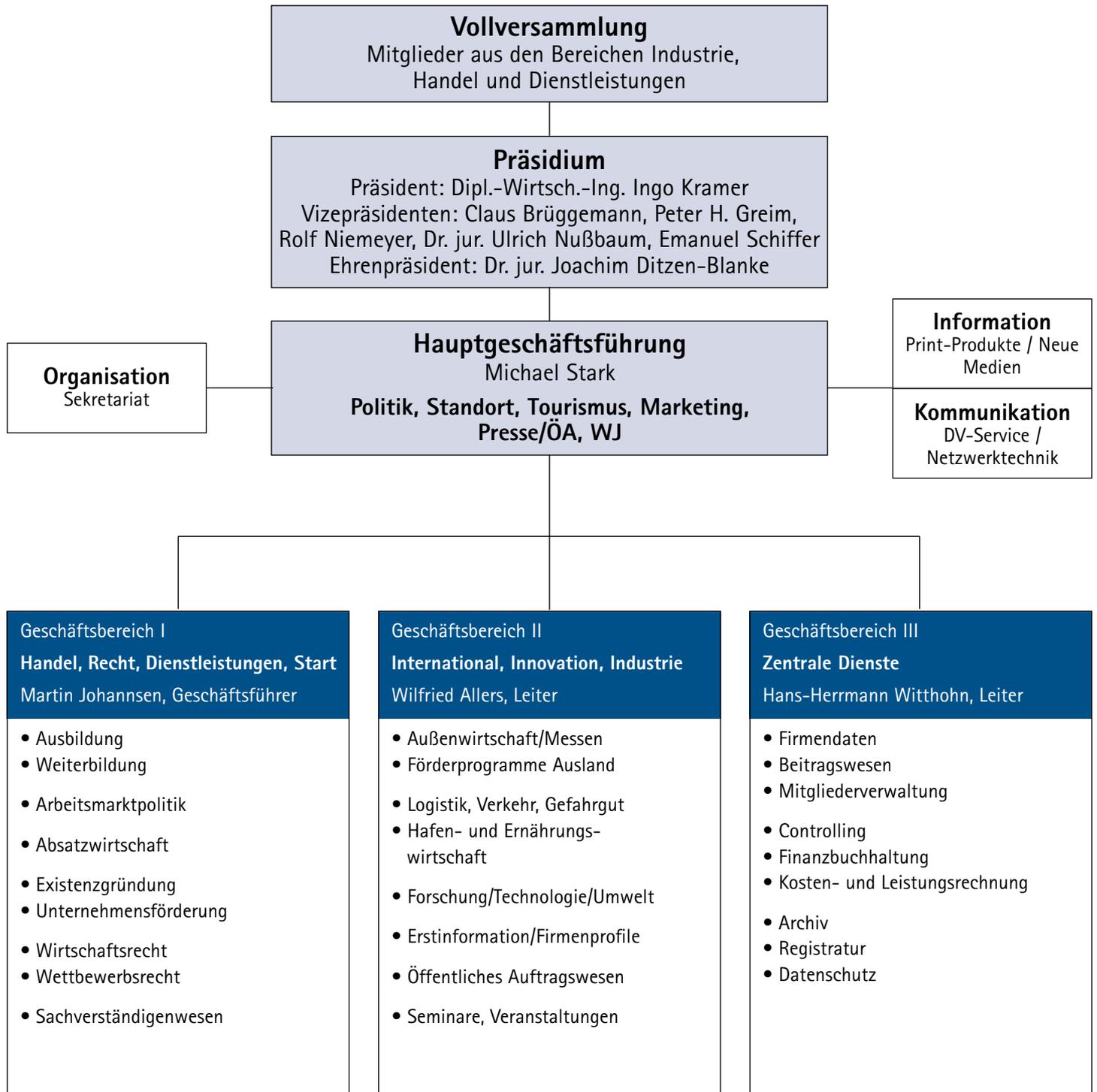
b) Interne Dienste

Referat I: Personal/Projektwesen
Kristina Kurzer, Tel. 36 37 213
kurzer@handelskammer-bremen.de

Referat II: Haushalt/Finanzen/Liegenschaften/
Stiftungen
Bert Suckow, Tel. 36 37 214
suckow@handelskammer-bremen.de

Referat III: Informationsverarbeitung/
Mitgliederverwaltung/Kartei
Horst Seemann, Tel. 36 37 318
seemann@handelskammer-bremen.de

Hausverwaltung/Service/Botenzentrale





Handelskammer Bremen
Am Markt 13
28195 Bremen
Tel. (0421) 36 37-0
www.handelskammer-bremen.de



Industrie- und Handelskammer
Bremerhaven
Friedrich-Ebert-Straße 6
27570 Bremerhaven
Tel. (0471) 924 60-0
www.bremerhaven.ihk.de